

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **76**

Sept./Okt. 2015

FIRE and FORGET*



Bombengeschäft mit Schützenpanzer Puma
Landkreis: Stillstand in Sachen Klimaschutz

INHALT

Kreisverwaltung will Optionskommune werden	
Hartz IV – zentral oder dezentral?	3
Gutachten: Landkreis ist „gut aufgestellt“	
Stillstand in Sachen Klimaschutz	5
Positionspapier zu Freihandelsabkommen	
Keine Marktöffnungspflicht durch TTIP	6
Schützenpanzer mit Hunter-Killer-Fähigkeiten	
Rheinmetall übergibt Puma an BW	7
Kritik auf Rheinmetall Hauptversammlung	
Rüstungsexporte austrocknen	8
67 % des Stroms im LK Celle aus Erneuerbaren	
Stromverbrauch sinkt, mehr ist möglich	11
Meldungen	12
Laternengespräche	
„Du hast das doch prima gemacht“	14
Mehr als 50 Prozent werden schlussendlich anerkannt	
Mär vom „massenhaften Asylmissbrauch“	16
Die Sorgen des Dr. Michael Többens	
Was hat denn das mit dem Islam zu tun?	17
Eschede: Mal wieder nach den Rechten schauen	19
Zum Queen Besuch in Celle und Bergen Belsen	
God save the Queen, the fascistic regime	20
Verfolgung von Roma im NS – und heute?	
Der Boxer – im Schlosstheater & Kino	21
Interview zum Auschwitz-Prozess in Lüneburg	
Warum jetzt noch? Warum erst jetzt?	23
Im Wald und auf der Heide / Wer holt den Cup?	26
Carl Verheyen war da, Rick Vito kommt noch	27
„Kicker, Kämpfer, Legenden“ / Rojava-Workshop	28
„Demokratie Leben“ - Kino-Sonderprogramm	29
Termine: Kino, Politik & Kultur	ab 30

*FIRE AND FORGET**

*vergessen, nicht
sich erinnern*

*sich umdrehen und staub
aufs gedächtnis*

feuern und vergessen

*staub fällt aufs gedächtnis
auf waffen, die*

feuern und feuern und

OSKAR ANSULL

* Werbespruch der Firma Rheinmetall aus den 80er Jahren

„Fire and Forget“ ist ein aus dem Militärjargon stammender Begriff für Waffensysteme, die aus gefahrloser Distanz zum „Feind“ ausgelöst werden. Das Gedicht ist aus Oskar Ansulls Band „Entsicherte Zeit“ aus dem Jahr 1988. Seit kurzem gibt es eine Postkarte mit dem Gedicht – kostenlos z.B. im Weltladen, im Rio's oder im Café Wichtig.

Das Foto auf der Titelseite ist in Unterlüß bei den „Feierlichkeiten“ zur Übergabe des von Rheinmetall (und Krauss Maffei) gefertigten Schützenpanzers Puma an die Bundeswehr entstanden – rechts Rheinmetallchef Papperger und (zweiter von links) der CDU-Bundestagsabgeordnete Otte.

„Fire and Forget“ steht auch für Verantwortungslosigkeit. Wer einen Rüstungskonzern leitet oder als Politiker die Produktion von Kriegswaffen und deren Export fördert, kann kein guter Mensch sein – da geben wir mal dem Papst recht.

Bis zur nächsten Ausgabe im November wünscht alles Gute - eure revista

Wir sehen uns zwischendrin mal am Sonntag, den 6.9., 14 Uhr, geht's auf der Anlage des BGC um den „revista-cup“ - wer sich vor dieser Herausforderung drücken will, kann auch gleich auf unser Konto spenden; siehe unten. Ansonsten mehr auf Seite 26.

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Müssen sich Langzeiterwerbslose warm anziehen?

Die Celler Kreisverwaltung würde ab 2017 die Verantwortung für Langzeiterwerbslose gern in alleiniger Trägerschaft übernehmen. Angesichts der schlechten Erfahrungen, die in den vergangenen zehn Jahren mit der Zuständigkeit des Landkreises für die „Kosten der Unterkunft“ gemacht wurden, ist dies eine eher bedrohliche Vorstellung. Wie ist es bisher? Was würde sich ändern? Welche Chancen hat der Landkreis überhaupt?

Die „Betreuung“ von Langzeiterwerbslosen (SGB II/Hartz IV) erfolgt in zwei unterschiedlichen Modellen. In der weit überwiegenden Zahl wird diese Aufgabe durch sogenannte „Jobcenter“ wahrgenommen, wie aktuell auch in Celle. Das Sagen für das „Fördern und Fordern“ hat hierbei die Bundesagentur für Arbeit; unter dem gemeinsamen Dach des Jobcenter ist der Landkreis zuständig für die Wohnkosten. In dem sogenannten „Optionsmodell“ dagegen sind kreisfreie Städte oder Landkreise alleiniger Träger. Diese Möglichkeit besteht seit dem Jahr 2005 für zunächst 69 Kommunen und für weitere 41 Kommunen seit 2010.

Schon vor fünf Jahren wollte Landrat Klaus Wiswe (CDU) den Kreistag dafür gewinnen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Er scheiterte an der seinerzeit erforderlichen 2/3-Mehrheit. Jetzt unternimmt Wiswe einen neuen Versuch. Und die Chancen stehen besser, denn mit einem Bundesverfassungsurteil vom 07. Oktober 2014 (2 BvR 1641/11) reicht jetzt im Kreistag eine einfache Mehrheit. Allerdings muss sich ein Schlupfloch finden, denn das Bundesverfassungsgericht hatte im selben Urteil nichts daran zu bemängeln, dass der Bund die Zahl der Optionskommunen auf 25 Prozent aller Grundsicherungsträger festgeschrieben hat. Diese Plätze sind aktuell besetzt. Also nur, wenn bisherige Optionskommunen aufgelöst werden, gibt es eine Chance für neue Antragsteller. Für diesen Fall aber wird der Landkreis Celle mit Sicherheit nicht der einzige Bewerber sein. Über die Zulassung entscheidet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Hinter den beiden Modellen stehen unterschiedliche „Philosophien“, also Zentralisierung oder Kommunalisierung? Mit den Hartz IV-Gesetzen der Schröder/Fischer-Regierung wurden 2005 Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengefasst. Einerseits wurden dabei Leistungen für alle Langzeiterwerbslosen auf das Niveau der Sozialhilfe gekürzt, auf der anderen Seite wurden „erwerbsfähige Hilfebedürftige“ - wie es im Hartz IV-Jargon heißt - seitdem den Regeln der Arbeitsverwaltung unterworfen. Dies spiegelt sich jetzt in den unterschiedlichen Verwaltungsmodellen. Während die „Jobcenter“ zentral von der Bundesagentur für Arbeit „gesteuert“ werden, beinhaltet die Kommunalisierung – also die Optionskommune – eine Rückkehr zur organisatorischen Struktur der Sozialämter.

Die Jobcenter werden bestimmt durch Einheitlichkeit und Standardisierung. Dies hat z.B. den Vorteil eines bundesweiten Zugriffs auf Job- und Qualifizierungsangebote. Zudem bietet die zentrale Steuerung durch die BA den Erwerbslosen ein höheres Maß an Rechtssicherheit. „Nah vor Ort“ ist dagegen das Motto der Optionskommunen und behaupten dadurch, deutlich größere Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

Nach Auffassung der Landkreisverwaltung läge die Stärke einer kommunalen Betreuung von Langzeitar-



beitslosen – so die Vorlage - vor allem darin, „*dass das Ziel der Vermeidung und Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten verfolgt werden kann und die Abstimmung und Einbindung verschiedener Ämter der Kreisverwaltung (u.a. Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Schulamt, Wirtschaftsförderung) in eigener und alleiniger Zuständigkeit erfolgen würde. Der Landkreis Celle wäre durch die Einrichtung dezentraler Standorte der Arbeitsvermittlung in der Lage, sozialraumbezogene Aktivitäten zu initiieren.*“ Das sind kaum mehr als schön klingende Allgemeinplätze.

Und nur nebenbei: Für die sogenannten „Kommunalen Eingliederungshilfen“ (§ 16a SGB II) – also Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung, die Suchtberatung – ist der Landkreis sowieso zuständig.

Der Slogan „Nah vor Ort“ kommt schön kuschelig rüber, bedeutet aber für Betroffene das genaue Gegenteil, nämlich (zumindest gefühlte) Kontrolle. Wohl der einzige Vorteil der Hartz IV-Gesetzgebung bestand darin, Langzeiterwerbslose aus den Sozialämtern herauszuholen und einer anonymen Arbeitsverwaltung zu unterstellen. Nur in seltenen Fällen wird die Fallmanagerin des Jobcenters im gleichen Schützen- oder Sportverein

sein wie ihre „Kundin“ – das aber gehörte bei der Sozialverwaltung bis 2005 zum Alltag der Betroffenen.

Immerhin offenbart die Kreisverwaltung, dass man nicht nur „nah bei den Menschen“ sein möchte, sondern auch ein anderes Interesse mitschwingt: *„Der Landkreis hätte die Möglichkeit, diesen Bereich selbst zu gestalten, und zwar mit dem Ziel, Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen und dadurch gleichzeitig die den Kreishaushalt erheblich belastenden Kosten der Unterkunft und Heizung zu reduzieren.“*

Das Gesamtbudget des Jobcenter umfasst aktuell ca. 87 Mio. €, davon entfallen 34,5 Mio. € auf das Arbeitslosengeld II, 1 Mio. € auf Sonderprogramme, 12,5 Mio. € auf das Verwaltungsbudget und 5,9 Mio. € Eingliederungstitel. Vom Landkreis aufzubringen sind ca. 32,7 Mio. € für die Kosten der Unterkunft. Das Heilsversprechen Wiswes gegenüber dem Kreistag geht deshalb so: Wenn es uns gelingt, mehr Erwerbslose in Arbeit zu vermitteln oder auf anderen Wegen aus dem Leistungsbezug zu bekommen, sinken automatisch „unsere“ Ausgaben für die Kosten der Unterkunft – und wir können mit den freiwerdenden Mittel schöne Dinge anstellen statt Erwerbslose durchzufüttern. Und die Verwaltung liefert auch ein Rechenbeispiel, das den Kreistagsabgeordneten Eurozeichen in die Augen zaubern soll:

„Bereits die Reduzierung der Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften (inkl. Alleinerziehende) um 5 Prozent würde die kreishaushaltswirksamen Kosten bei einer angenommenen durchschnittlichen kommunalen SGB II-Gesamtleistung in Höhe von 4.260 Euro pro Bedarfsgemeinschaft und Jahr (= Kennzahl Plan 2015) um 1.636.266 Euro reduzieren. [...] Es gilt daher, jetzt dem Landkreis Celle die Chance zu ermöglichen, sozialpolitische Einflussnahmemöglichkeiten im Interesse seiner Einwohnerinnen und Einwohner zu sichern und gleichzeitig einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Kreisfinanzen zu leisten.“

Letztlich bleibt aber die Frage völlig offen, warum es dem Landkreis besser gelingen soll als dem Jobcenter, Erwerbslose in Arbeit zu vermitteln.

Aber ist es nicht eigentlich egal, wer vor Ort ein schlechtes Gesetz verwaltet. Die Erwerbslosen mit dem Sanktionsapparat des SGB II drangsaliert und ihnen keine Jobs anzubieten hat? Im Prinzip ja, aber auch ein schlechtes Gesetz lässt Spielräume. So ist etwa die Zahl der angeordneten Sanktionen, d.h. zeitlich befristeter Kürzungen der Leistungen, im Vergleich der Verwaltungen sehr unterschiedlich. Auch das Ausmaß, in dem mit sogenannten „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (= Ein-Euro-Jobs) umgegangen wird, ist von Jobcenter zu Jobcenter bzw. von Optionskommune zu Optionskommune verschieden. Vermittlungserfolge dagegen dürften sich in der Regel danach bemessen, wie viele Jobs tatsächlich zu vergeben sind – da ist der Einfluss bei beiden Modellen gering.

Die Celler Kreisverwaltung allerdings hat sich seit zehn Jahren ein hohes Misstrauen erarbeitet. In seine Zu-

ständigkeit fallen beim gemeinsamen Jobcenter die „Kosten der Unterkunft“. Wir haben verschiedentlich darüber berichtet, dass ein Hauptinteresse des Landkreises darin zu liegen scheint, Kosten zu senken. Für die Betroffenen bedeutete das zunächst einmal, dass viele aus ihren alten, zum Teil langjährigen Wohnungen gedrängt wurden („Zwangsumzüge“) und heute auf das unterste Mietsegment verwiesen sind. Dabei hat den Landkreis nie gestört, dass er vor den Sozialgerichten eine Schlappe nach der anderen erlitt. Aus seiner Sicht alles Einzelfälle, in denen er zwar höhere Leistungen zubilligen musste, dies aber nie mit einer grundsätzlichen Änderung der bis zum vergangenen Jahr gültigen „Mietwerterhebung“ verband.

Theoretisch bietet das Optionsmodell zwar die Möglichkeit politischer Kontrolle und Einflussnahme durch den Kreistag. Die Probleme bei den „Kosten der Unterkunft“ haben die große Mehrheit der Kreistagsabgeordneten allerdings in den vergangenen zehn Jahren nie interessiert – warum sollte sich das bei einer alleinigen Trägerschaft des Landkreises ändern?

Im bundesweiten Vergleich der beiden Verwaltungsmodelle sehen Expert*innen auf jeder Seite Vor- und Nachteile. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Forschungseinrichtung der BA und insoweit auch nicht unabhängig, kam in einer Stellungnahme aus dem Jahr 2012 zu folgendem Fazit:

„Die Evaluation der Modelle der Aufgabenwahrnehmung hat keine eindeutigen Ergebnisse zugunsten eines Modells erbracht. Beim ersten und am höchsten bewerteten Erfolgsindikator der Evaluation, der Integration in bedarfsdeckende Beschäftigung, gibt es jedoch einen klaren und robusten Vorteil zugunsten der ARGEn. Beim Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit sowie der sozialen Stabilisierung haben die kommunalen Träger hingegen leicht die Nase vorn. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen guten und weniger guten Grundsicherungsstellen innerhalb der einzelnen Modelle jedoch ausgeprägter als die Differenzen zwischen den beiden Trägermodellen.“

Die Kreisverwaltung hatte ursprünglich wohl die Absicht, sich in der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause schnell noch einen Auftrag für die Antragstellung zu beschaffen. Der am Tag vorher nicht-öffentlich tagende Kreisausschuss allerdings sprach sich dafür aus, das Thema vorher noch im Ausschuss für Schulangelegenheiten, Soziales und Integration (wahrscheinlich am 15.9.) zu behandeln. Es bleibt zu hoffen, dass die Kreistagsabgeordneten Wiswes Pläne nicht einfach abnicken.



Stillstand in Sachen Klimaschutz

Wäre die Kreisverwaltung „nur“ eine Immobilienbesitzerin, gäbe es an ihrem Klimaschutzmanagement nicht viel auszusetzen. Aber reicht das aus? Im Kommunalverfassungsgesetz ist die Rede davon, dass Landkreise ihre Angelegenheiten verwalten sollen, „mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern.“ Und in einem Beschluss des Landkreistages aus dem Jahr 2011 ist zu lesen: „Der CO₂-neutrale, energieautarke Landkreis ist dort, wo die Gegebenheiten es zulassen, häufig das Ziel umfassender kreislicher Energie- und Klimaschutzkonzepte.“ Schön wäre es, aber ein solches Ziel ist mit der Celler Kreisverwaltung und der CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag nicht einmal im Ansatz zu haben. Ein im Auftrag des Landkreises erstelltes Gutachten hat diesen Kurs jetzt bestätigt. Bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2017 bedeutet das für die Fläche: Stillstand in Sachen Klimaschutz.

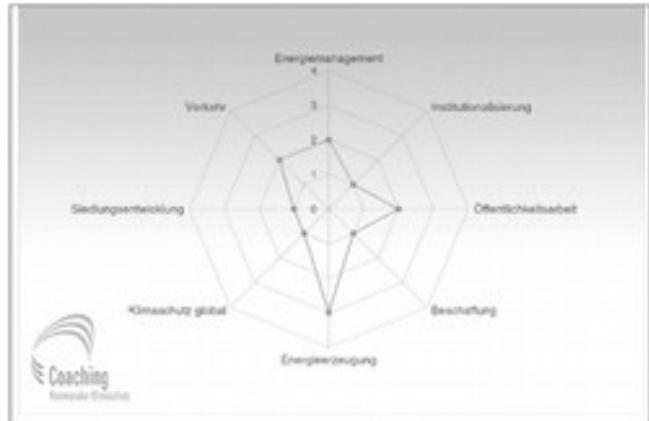
Im April 2014 hatte der Kreisausschuss beschlossen, ein Gutachten zur Analyse des Ist-Zustandes und der Optimierung- und Handlungspotenziale im Bereich des Klimaschutzes für den Landkreis Celle erstellen zu lassen. Der Auftrag wurde nach Ausschreibung an die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) vergeben. Anfang Juli wurde das Gutachten mit dem Titel „Initialberatung Klimaschutz für den Landkreis Celle“ im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus vorgestellt. Das Fazit der Gutachter*innen passt der Chefetage an der Trift nur zu gut ins „Konzept“:

„Das Ergebnis der Initialberatung ist, dass kein Klimaschutz- oder Klimaschutzteilkonzept erstellt werden muss. Im Landkreis sind bereits umfangreiche Aktivitäten vorhanden und das Thema Klimaschutz wird angenommen. Der Landkreis ist daher grundsätzlich gut aufgestellt. Zusätzlich haben die landkreisangehörigen Kommunen im hier stattgefundenen Beratungsprozess erklärt, dass das Thema Klima im eigenen Wirkungskreis eigenständig umgesetzt werden soll.“

Die Kreisverwaltung fühlt sich zusätzlich nur dazu angeregt, „auf einer Unterseite des Internetauftrittes [...] die Informationen zu veröffentlichen, auf die der Landkreis direkten Zugriff und Einfluss hat. Namentlich handelt es sich um dieses Gutachten und [...] um den Energiebericht des Landkreises Celle, den Bericht über das Energiesparprojekt „Schüler für den Klimaschutz“ und die Karten über Windkraft- und Biogasanlagen“.

Jedes Gutachten ist begrenzt durch die zu begutachtenden Themen. Da schaute die NLG z.B. auf das „Energie-Management für die eigenen Liegenschaften“ des Kreises. Hier passiert in der Tat viel. Kurios wird es schon bei dem Unterpunkt „Öffentlicher Personennahverkehr“. Die spannende Frage ist hier doch: Was tut der Landkreis für die Förderung des ÖPNV? Eine Antwort

gibt es nicht. Aber das Gutachten informiert uns darüber, dass „alle eingesetzten Fahrzeuge [...] mindestens die Euro3-Abgasnorm erfüllen“. Ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz, oder?



Diese Grafik zeigt, wie toll es um den Klimaschutz im Landkreis Celle bestellt ist – na gut hinsichtlich des „globalen Klimaschutzes“ gibt's nur einen von vier Punkten.

Ein Unterkapitel ist die „Kommunale Klimaschutzgesellschaft gGmbH“. Ja, sowas gibt es unter Beteiligung des Landkreises, der Gemeinde Wietze, der Gemeinde Wietendorf (Heidekreis), der Gemeinde Ummern (Gifhorn) und der Celle-Uelzen Netz GmbH. Diese „Klimaschutzgesellschaft“ agiert allerdings wie eine Geheimgesellschaft, außerhalb eingeweihter Kreise weiß kaum jemand von ihrer Existenz. Im Internet findet sich gerade mal eine Firmenadresse (Rotdornweg 2 b, 29223 Celle), keine Telefonnummer, keine Webseite; es gibt immerhin einen Handelsregistereintrag (HRB202317 Amtsgericht Lüneburg) – aber das war's. Im Gutachten wird dann ausführlich (copy & paste) der Gesellschafterzweck zitiert. Aber es findet sich kein einziger Satz dazu, was diese Klimaschutzgesellschaft in den vergangenen Jahren eigentlich gemacht hat. Merkwürdig, oder? Dabei – aber selbst das ist dem Gutachten nicht zu entnehmen – verfügt die „Klimaschutzgesellschaft“ über einen beträchtlichen Etat: Die Celle-Uelzen Netz GmbH zahlt wohl für jede/n Einwohner*in 2 € pro Energieart Gas und Strom in den Fonds der Gesellschaft ein. Öffentlich zugängliche Zahlen jedoch gibt es nirgendwo. Nur zum Vergleich sei angemerkt, dass auch die Stadt Celle über einen von der Celle-Uelzen-Netz GmbH finanzierten Klimaschutzfonds verfügt. Dafür gibt es öffentlich einsehbare Vergaberichtlinien und der Rat beschließt darüber, was gefördert wird.

Allein schon diese beiden Bereiche zeigen, dass die „Initialberatung Klimaschutz“ unterm Strich nicht mehr ist als ein „Persilschein“, der der Kreisverwaltung bestätigt, dass alles bestens läuft.

Keine Marktöffnungsverpflichtung durch TTIP

Es passiert durchaus nicht alle Tage, dass Resolutionen von Städten, Gemeinden oder Kreistagen Wirkung zeigen. Die inzwischen von weit über 200 Kommunen gefassten Entschlüsse zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA aber haben Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erheblich unter Druck gesetzt. Im Juni hat er sich mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) auf ein gemeinsames Positionspapier verständigt.

Die wichtigste Forderung der Kommunen ist, weiter selbst entscheiden zu können, ob Leistungen der Daseinsvorsorge von ihnen selbst, durch eigene Unternehmen oder von Privaten erbracht werden. Darüber hinaus muss die Möglichkeit zur interkommunalen Zusammenarbeit erhalten bleiben. Auch darf es ihrer Auffassung nach keine Einschränkungen bei Rekommunalisierungen, den Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und dem Vergaberecht geben. Weder TTIP noch andere Handelsabkommen sollen den Spielraum der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschränken.

Diese Kritikpunkte werden in dem Positionspapier weitgehend aufgegriffen (siehe Auszug in der Spalte links). In dem Papier wird ausdrücklich festgestellt, dass TTIP Fragen aufwirft, die auch die Daseinsvorsorge vor Ort betreffen. Das gibt den Kommunen selbstverständlich das Recht, sich damit zu befassen – was ja nicht ganz unstrittig war. Freihandelsabkommen sollen nur für solche Dienstleistungen gelten, die ausdrücklich genannt werden – das ist der Verweis auf die sog. Positivliste. Damit würde sichergestellt, dass im Bereich der Daseinsvorsorge keine neuen Marktöffnungsverpflichtungen geschaffen werden. Festgehalten wird außerdem, dass der Handlungsspielraum der Kommunen für die Rekommunalisierung von Dienstleistungen erhalten bleiben muss. Eine bestimmte örtliche Liberalisierungsentscheidung bliebe damit nicht unumkehrbar. In der strittigen Frage der Investorenschiedsgerichte einigte man sich auf Gabriels aktuelle Linie: Er will nach rechtsstaatlichen Grundsätzen eingerichtete Schiedsgerichtshöfe. Wichtig für die Kommunen: Es dürfe kein einklagbares Recht auf einen Marktzugang gebe.

Unterm Strich ist das Positionspapier positiv zu bewerten. Aber vertraut noch irgendjemand darauf, dass Gabriel ein Freihandelsabkommen an einem dieser Punkte scheitern lassen würde?

Der gesellschaftliche Druck muss verstärkt werden. Gelegenheit bietet die Demonstration am 10.10. in Berlin. Der DGB stellt ab Celle einen kostenlosen Bus – näheres siehe Terminkalender.

Auszug aus dem Positionspapier

Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die kommunalen Spitzenverbände und der VKU folgende gemeinsame Positionen vereinbart:

1. Das europäische und nationale Recht gewährleistet einen weiten Handlungsspielraum der Kommunen bei der Organisation der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Freihandelsabkommen dürfen diesen Handlungsspielraum der Kommunen nicht einengen. Deshalb muss jedenfalls für Deutschland der gleiche Vorbehalt gegen Marktöffnungsverpflichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge aufgenommen werden, der auch im WTO-Dienstleistungsabkommen von 1995 (GATS) enthalten ist.

Für Marktzugangsverpflichtungen im Dienstleistungssektor wird die Verwendung einer Positivliste bevorzugt, weil damit sichergestellt werden kann, dass für den Bereich der Daseinsvorsorge keine neuen Marktöffnungsverpflichtungen übernommen werden und der Handlungsspielraum der Kommunen erhalten bleibt. Im Falle der Verwendung eines Negativlistenansatzes für Marktöffnung im Dienstleistungsbereich in TTIP muss wie in CETA sichergestellt werden, dass für den Bereich der Daseinsvorsorge keine neuen Marktzugangsverpflichtungen übernommen werden und der Handlungsspielraum der Kommunen auch für eine Rekommunalisierung von Dienstleistungen erhalten bleibt. Der Negativlistenansatz darf auch nicht zu einer automatischen Marktöffnung für neue Dienstleistungen führen.

2. Für öffentliche Auftraggeber in Deutschland dürfen durch TTIP keine Verpflichtungen übernommen werden, die über die Bestimmungen des reformierten europäischen Vergaberichts hinausgehen. Die in den neuen EU-Vergaberichtlinien verankerten Möglichkeiten für Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie insbesondere auch die Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und für die Trinkwasserversorgung sowie Abwasserbeseitigung oder -behandlung dürfen durch TTIP nicht in Frage gestellt werden.

3. In TTIP werden die bisherigen speziellen Investitionsschutzregelungen mit ad hoc-besetzten Schiedsgerichten nicht befürwortet. Sofern solche Regelungen auf Wunsch der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten in TTIP Eingang finden sollen, müssen sie nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgestaltet sein und insbesondere gewährleisten, dass die Verfahren auch für die Zivilgesellschaft transparent durchgeführt werden, die Unabhängigkeit und hinreichende Qualifikation der Schiedsrichter sichergestellt ist sowie eine Berufungsmöglichkeit vorgesehen und die Schaffung eines Schiedsgerichtshofs angestrebt wird. Es muss sichergestellt werden, dass nicht diskriminierende Maßnahmen der Gesetzgebung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen keine Schadensersatzansprüche für Investoren begründen können. Ein einklagbares Recht auf einen Marktzugang darf es nicht geben. [...]

6. Mit Blick auf die TiSA-Verhandlungen und auch auf andere Freihandelsverhandlungen besteht die übereinstimmende Auffassung, dass auch in diesen Abkommen keine weitergehenden Marktöffnungsverpflichtungen für den Bereich der Daseinsvorsorge vorgenommen werden sollen.

Schützenpanzer mit Hunter-Killer-Fähigkeiten

Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (KMW) haben im Juni den – laut Eigenwerbung - „leistungsfähigsten und modernsten Schützenpanzer der Welt, den Puma“, in Unterlüß offiziell an die Bundeswehr übergeben. Er wird das neue Hauptwaffensystem der Panzergranadiertruppe und Schritt für Schritt den vor über 40 Jahren eingeführten Schützenpanzer Marder ablösen.

Der Puma, von dem 350 Fahrzeuge beschafft werden, ist nicht nur der „modernste“, sondern auch der teuerste Schützenpanzer der Welt: Ein Einziger kostet unterm Strich mehr als zwölf Millionen Euro. 150 Gäste aus Industrie, Politik und Bundeswehr ließen sich die offizielle Schlüsselübergabe nicht entgehen, dagegen nahm sich der Protest von gerade mal zehn Personen vor dem Werkstor doch eher bescheiden aus.



"Leute, Manager, Geschäftsmänner, die sich als christlich bezeichnen und Waffen herstellen. Das führt zu Misstrauen, oder nicht?", so Papst Franziskus zwei Tage vor der PUMA-Übergabe. Eine echte Knalltüte, dieser Papst, fand man in Unterlüß.

Selbstverständlich waren der Rheinmetall-Vorstandsvorsitzende Armin Papperger (2. von rechts) und der KMW-Chef Frank Haun mit dabei. Die Bundesregierung war vertreten durch den Staatssekretär Markus Grübel (CDU, in der Mitte), der Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU, 2. von links) repräsentierte den Verteidigungsausschuss.

Papperger nahm die Gelegenheit wahr, zur Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie aufzurufen. Angesichts des Machtgebarens Russlands müsse Deutschland die Ausstattung seines Heeres auf der Höhe der Zeit halten.

Staatssekretär Grübel befand, dass die gepanzerten Kampftruppen des Heeres angesichts der Ukraine-Krise eine Renaissance erfahren würden. Und so waren sich sicher alle einig mit der Forderung des neuen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels (SPD), der gern mehr als die

vereinbarten 350 Exemplare des Schützenpanzers hätte.

Bei einer dynamischen Waffenschau wurde auch noch ein bisschen geballert. - Christine Buchholz, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE kommentierte, damit wolle man die Kritik an der Kostenexplosion übertönen. Rheinmetall gehe es darum, die Entscheidungsträger aus der Politik mit großem Knalleffekt dazu zu bringen, noch mehr Steuergelder für noch mehr Panzer bereit zu stellen: *„Dieser Schützenpanzer ist deshalb so teuer geworden, weil er für den Umbau der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee für Einsätze am Polarkreis wie in der Wüste entwickelt wurde. Dieser von Verteidigungsministerin von der Leyen vorangetriebene Kurs macht die Welt nicht sicherer, sondern heizt die Rüstungsspirale weiter an.“*

Mit einem Transparent „Krieg beginnt hier“ beteiligte sich auch die Celler Gruppe LIST an der von den niedersächsischen Linken angemeldeten Protestaktion. Sie erklärte: *„Was hier "abgefeiert" wird, ist nichts anderes als ein todbringendes High-Tech-Produkt: Der Tod ist (wieder mal und immer noch) ein Meister aus Deutschland. Die Hersteller preisen bei ihrem Produkt u.a. die "Hunter-Killer-Fähigkeit" an, d.h. die Fähigkeit, Ziele anzugreifen und parallel bereits die nächsten auszuspähen. In der Produktwerbung ist dann von der „überlegenen Durchsetzungsfähigkeit“ die Rede. Es handelt sich um Mordmaschinen und um nichts anderes. Selbstverständlich soll der Panzer, so er sich bei der Bundeswehr "bewährt" zum Exportschlager der deutschen Rüstungsschmieden werden. Und da zeigt man sich in den Konzernzentralen bekanntlich nicht zimperlich. [...] Für uns ist klar: Wer an Kriegen verdient, hat kein Interesse daran, sie zu verhindern. Wer Rüstungsgüter wie den Schützenpanzer PUMA anschafft, will auf den Kriegsschauplätzen weltweit dabei sein. Und dies nicht um der Menschenrechte willen, es geht bekanntlich um den militärischen Schutz deutscher Wirtschaftsinteressen.“*



Rüstungsexporte austrocknen

Anlässlich der Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall kritisierten Mitte Mai 2015 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die rasant vorangelebene Internationalisierung des deutschen Branchenprimus. Die im Ausland erwirtschafteten Rüstungsumsätze machten 2014 bereits einen Anteil von 71 % am gesamten Geschäftsvolumen aus; 60 % des Auftragseingangs kamen im vergangenen Jahr von außerhalb Europas. Dabei macht sich der Konzern zunehmend abhängig von umstrittenen Kunden wie Algerien, Katar oder der Türkei. Zudem belasten Korruptionsvorwürfe aus Griechenland und Indien den Konzern.

Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI nimmt Rheinmetall Platz 32 der weltweit größten Waffenhersteller ein und hat 2013 für fast drei Mrd. US-Dollar Waffen in alle Welt verkauft.

Aktuell steht der Konzern in der Kritik, weil er eine Fertigungsstraße zur Montage von fast 1.000 Panzern des Typs FUCHS für Algerien baut. Dabei gilt die Menschenrechtslage in dem nordafrikanischen Land als äußerst prekär.

„Die aktuelle Strategie, roten Zahlen im Kerngeschäft durch eine exzessive Exportstrategie in Richtung Krisenregionen zu begegnen, ist ökonomisch riskant und skandalös. Besonders makaber: Rheinmetall schreckt nicht einmal davor zurück, Militärmachthaber und auto-

kratische Regime zu stützen“, kommentiert Barbara Happe von der Menschenrechtsorganisation Urgewalt.

Für Unmut sorgt ferner, dass der Konzern die Produktion von Rüstungsgütern zunehmend ins Ausland und damit in Länder und Regionen mit niedrigen Sicherheitsstandards sowie laxen Exportkontrollen wie Saudi-Arabien, Südafrika und Türkei verlagert. *„Der Aufbau von Rüstungsfabriken und die Lizenzproduktion im Ausland dient zuerst dem Zweck, nationale Exportkontrollen zu umgehen. Dies folgt einer verantwortungslosen Strategie, Waffen in Ländern zu produzieren, die Menschenrechte nicht achten, um auf diesem Wege die Konfliktregionen dieser Welt ungestört und hochprofitabel beliefern zu können“*, kritisierte Thomas Küchenmeister von der Organisation Facing Finance, die sich für die Beachtung sozialer und ökologischer Normen durch Unternehmen und Finanzdienstleister einsetzt: *„Schon die Tatsache, dass Rheinmetall noch nicht einmal unverbindliche und minimalste Menschenrechtsstandards wie den UN Global Compact unterzeichnen will, zeigt, dass Menschenrechte für Rheinmetall keine Rolle spielen.“*

Die Nichtregierungsorganisationen fordern vor diesem Hintergrund von Banken und Versicherungen, Geschäftsbeziehungen zu Firmen wie Rheinmetall umgehend einzustellen.

Bei der Hauptversammlung der Rheinmetall AG am 12. Mai 2015 sprach für die Kritischen Aktionäre Barbara Happe. Wir dokumentieren einige Passagen:

„Laut Geschäftsbericht planen Sie, die seit Jahren verfolgte Strategie einer Internationalisierung des Geschäftsbereiches Defence weiter voranzutreiben. Ihre strategische Priorität liegt dabei in dem Ausbau lokaler Präsenzen in sogenannten wachstumsträchtigen Regionen in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern. Ab 2015 wollen Sie rund 50 % des Defence-Umsatzes mit Kunden außerhalb Europas erreichen. Ein Hauptaugenmerk wollen Sie dabei weiter auf den Nahen/Mittleren Osten sowie Nordafrika legen.

Die Menschenrechtslage in dieser Region ist äußerst prekär. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) betrachtet die weiter steigende Bedeutung nordafrikanischer Staaten und Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter mit großer Sorge.

Gerade Algerien, wo Rheinmetall aktuell eine Fertigungsstraße zur Montage von fast 1.000 Panzern des Typs FUCHS baut, zählt laut dem jüngsten Bericht des Bonn International Center for Conversion (BICC) "zu den problematischsten Empfängerländern" deutscher Rüstungsgüter und der Export nach Algerien widerspricht gleich in mehreren Punkten dem EU Verhaltens-



kodex für Rüstungsexporte. Inwiefern halten Sie es für moralisch und ethisch vertretbar, die Produktion von Panzern und Munition in Spannungsgebiete wie Algerien oder dem Nahen Osten auszulagern oder Rüstungsgüter dorthin zu exportieren?

Wir alle erinnern uns daran, dass ägyptische Sicherheitskräfte Fahr-Radpanzer von Rheinmetall seit Anfang 2011 wiederholt auch bei Demonstrationen und Protesten gegen die Bevölkerung in Ägypten eingesetzt hat. Dazu gibt es hinlänglich Bild- und Fotomaterial, die das eindeutig belegen. Welche Lehren ziehen Sie aus solchen Ereignissen, dass bei Exporten in Spannungs- und Krisengebieten wie Nordafrika schließlich stets die Gefahr besteht, dass diese Panzer oder Munition auch zur Niederwerfung von Demonstranten eingesetzt werden?

Inwiefern haben Sie mit Ihrer Internationalisierungsstrategie Schwierigkeiten, Finanzinstitute zu finden, die diesen Kurs mit stützen wollen? Haben in der jüngsten Vergangenheit Finanzinstitute Kreditvergaben oder die Ausgabe von Anleihen abgelehnt, da dies ihren eigenen Richtlinien, keine Geschäfte in Spannungsgebieten zu machen, widerspricht? [...]

Der Rheinmetall Konzern ist wegen Schmiergeldzahlungen an hochrangige griechische Entscheidungsträger bei einem Rüstungsgeschäft mit Griechenland im letzten Jahr zur Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 37 Millionen Euro verurteilt worden. Nun ist den Medien zu entnehmen, dass die neue griechische Regierung zusätzlich die Zahlung von 100 Mio. Euro Schadensersatz fordert. Wie stehen Sie als Konzern zu diesen Forderungen? Inwieweit sind Sie zur Zahlung von Schadensersatz bereit bzw. können juristisch dazu verpflichtet werden? Auch in Indien steht eine Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defense (RAD) unter Korruptionsverdacht. Das Unternehmen soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) im Jahr 2009 beim Verkauf von Luftabwehrgeschütze Bestechungsgelder gezahlt haben. Rheinmetall kam daraufhin auf eine schwarze Liste der indischen Behörden, die dem Unternehmen bis ins Jahr 2022 verbietet, Rüstungsgüter an Indien zu verkaufen. Gegen diese Anordnung und den damit verbundenen Ausschluss vom indischen Markt geht Rheinmetall Air Defence seit September 2012 vor dem Delhi High Court gerichtlich vor. [...]

Bei einer Kundgebung vor den Toren der Hauptversammlung ordnete Uli Cremer (Grüne Friedensinitiative) in seiner Rede die Rheinmetall-Exportstrategie ein in das Gerede von der „Neuen Verantwortung“; wir zitieren einige Passagen:

„Das Ziel von Rheinmetall ist, den Exportanteil an seinen Rüstungsgeschäften auf 80 % zu steigern. Also: weniger an die Bundeswehr liefern, dafür immer mehr exportieren. Die Rüstungsgeschäfte

sollen im Wesentlichen außerhalb Deutschlands angekurbelt werden. Aber die Welt braucht mehr Entwicklungshilfe und nicht mehr Waffen!

Und um das Rüstungsexportgeschäft anzukurbeln, braucht Rheinmetall jemanden mit globalen Regierungskontakten. Wie es der Zufall will, hat man den schon: Der ehemalige Entwicklungshilfeminister Niebel ist seit Juli 2014 bei Rheinmetall unter Vertrag. Er ist als Berater des Rheinmetall-Vorstands zuständig für den Aufbau globaler Regierungsbeziehungen!

Die Strategie von Rheinmetall, mehr Waffen zu exportieren, passt haargenau zu der deutschen Regierungspolitik. Die verschiedenen Bundesregierungen haben schließlich in den letzten Jahren fast alle Exportanträge durchgewunken.

Viele dachten letztes Jahr, die Reden von Gauck oder von der Leyen über die Neue Verantwortung würden mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr bedeuten. Aber: Ist das wirklich so? Lautet das Kommando: Germans to the front?

Der Diskurs um die Neue Verantwortung meint etwas Anderes. In den 90er Jahren gab es ja auch schon mal eine Debatte um die Neue Verantwortung. Damals ging es in der Tat darum, die deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, Auslandseinsätze der Bundeswehr zu akzeptieren. Bei der neuen „Neuen Verantwortung“ geht es aber darum, dass Deutschland international eine Führungsrolle übernimmt. In der Europäischen Union. Bei NATO-Militäreinsätzen. Bei politischen Initiativen. Es soll aus der Mitte geführt werden. Was ist damit gemeint? Deutschland hat in der NATO das so genannte Rahmennation-Konzept vorgeschlagen. Inzwischen ist das NATO-Beschlusslage. Dabei bietet Deutschland als Rahmennation einen Rahmen an, in den sich kleinere Partner einordnen können. Wie in Nordafghanistan, wo Deutschland den militärischen Rahmen für Truppenteile anderer Staaten bietet und den Oberbefehl hat. So macht man aus weniger mehr! Und die Partner kaufen am besten deutsche Waffen. Dann funktioniert die Zusammenarbeit unter deutscher Führung noch besser?!



Es geht aber nicht nur um Waffenexporte an andere NATO-Staaten. Die Neue NATO, die sich seit den 90er Jahren herausgebildet hat, besteht heute nicht nur aus den 28 NATO-Mitgliedern. Sondern sie ist insgesamt mit 41 weiteren Staaten verbündet und hat entsprechende Verträge laufen. Prof. Joachim Krause, Präsidium der DGAP, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik hat in deren Zeitschrift „Internationale Politik“ den Zusammenhang so hergestellt:

»Die NATO hat seit 1994 das Partnership-for-Peace-Programm, das [...] über 1400 Möglichkeiten der Kooperation mit den Beitrittskandidaten und Kooperationspartnern ausweist. Dieses Programm [...] bildet den Rahmen für vielfältige Kooperationen, einschließlich der Lieferung von Waffen, Rüstungstechnik, Ausbildungshilfe etc. Dieses Programm ist eine wichtige Bedingung für den Erfolg internationaler Missionen; es kann auch Waffenhilfe für Länder in Krisenregionen beinhalten.«

Die Neue NATO hat aber auch weitere Bündnispartner. Es gibt noch einen so genannten NATO-Mittelmeer-Dialog. Dazu wiederum Joachim Krause:

»Der 1994 gestartete NATO-Mittelmeer-Dialog soll einen umfassenden Dialog über Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit den Staaten des Mittelmeer-Raums ermöglichen. Das bedeutet, dass man dortigen Militärs auch Hilfestellung bei der Modernisierung anbietet, etwa Ausbildungshilfe, Training und auch Waffenlieferungen.«

Die Partnerländer der NATO im Mittelmeerdialog sind: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien.

Und dann ist da noch die Istanbul Kooperationsinitiative. Da sind dabei: Bahrain, Qatar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch Oman und Saudiarabien sind eingeladen mitzumachen.

Alle diese Länder sind besondere Zielländer für Rüstungsexporte.

Bei der neuen „Neuen Verantwortung“ geht es um globale Ordnungspolitik. Als EU-Führungsmacht will Deutschland Ordnungsmacht sein. Für Frankreich sagte einmal der frühere Präsident Sarkozy: Frankreich will „weiterhin mit all jenen Nationen an der Spitze stehen, die Geschichte schreiben, anstatt sie zu erleiden“. Deutschland möchte offenbar eben auch mit Geschichte schreiben. Die Logik also: Die Welt ordnen und nicht geordnet werden.

Wie gesagt: Es geht nicht nur um die Bewaffnung von Partnerländern aus EU und NATO. Im Kanzleramt weiß man genau, dass stabil $\frac{3}{4}$ der deutschen Bevölkerung keine Bundeswehreinätze im Ausland wollen. Deswegen hatte man schon vor ein paar Jahren die Idee, dass man nicht alles selber macht. Das wurde dann Merkel-Doktrin genannt. Merkel:

»Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein... «

Und der Spiegel schrieb:

»Nach dem Willen der Kanzlerin schickt Deutschland nur noch im Notfall Soldaten in Krisengebiete. Stattdessen sollen „Partnerländer“ in den betroffenen Weltgegenden durch Rüstungsexporte „ertüchtigt“ werden, selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.«

Deswegen kauft nicht die Bundeswehr hunderte neue Rheinmetallpanzer oder haufenweise Rheinmetallmunition. Sondern das sollen Andere machen. Und Andere machen das auch. Die lukrativsten Käufer sind nicht zufällig die Royaloligarchien im Nahen Osten. Die Panzerlieferungen nach Qatar und Saudi-Arabien folgen einem klaren Plan. Sie sollen die autoritären Regime dazu befähigen, gegen innere Unruhen vorzugehen. Dass die Waffen auch sonst nicht nur herumstehen, sondern auch extern eingesetzt werden, zeigt sich aktuell im Jemen. Ein „Out-of-area“-Einsatz Saudiarabiens quasi.

Aber es gibt auch Zielländer, die für die Rüstungsgüter nicht zahlen können. Wie Afghanistan. Und da kommt etwas in Mode, das der neue Rheinmetall-Berater und alte Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel, sicher gut kennt: Rüstungslieferungen und Militärausbildung werden zu Entwicklungshilfe! Wo Entwicklungshilfe drauf steht, sind plötzlich Waffen drin! Ein echtes Nutella-Problem: Es ist nicht drin, was draufsteht! Der deutsche Entwicklungshilfeetat soll jetzt um 13,2 % steigen. Eigentlich eine gute Nachricht. Aber wir sollten genau hingucken, was mit dem Geld tatsächlich gemacht wird.

Wenn Rüstungsexporte die neue „Neue Verantwortung“ sein sollen, dann sagen wir NEIN zu diesem ideologischen Konzept.

Wenn Rüstungsexporte „Führen aus der Mitte“ sein sollen, dann sagen wir NEIN zum Führen aus der Mitte oder von Hinten!

Wir sagen NEIN zu Waffenlieferungen von hinten oder aus der Mitte!

Wir wollen Rheinmetall das Geschäftsfeld Rüstungsexport austrocknen!

Die Neue Verantwortung heißt Abrüstung und Verbot des Rüstungsexports!“



Stromverbrauch sinkt, aber mehr ist möglich

Die Entwicklung der Erneuerbaren Energien im Landkreis Celle bleibt ungebrochen positiv. Rund 67 Prozent des Strombedarfs im Gebiet des Landkreises Celle wurden im Jahr 2014 durch Erneuerbare Energien abgedeckt (2013: 65 %, 2012: 63 %, 2011: 54 %). Das jedenfalls weist der „Erneuerbare-Energien-Bericht 2014“ aus, der auf der Internetseite der Celle-Uelzen-Netz GmbH zum Download bereit steht. (http://www.celle-uelzennetz.de/CMS/strom/eeg_bericht_1278.aspx)

Die Tabelle unten weist aus, wie es zu dieser hohen Einspeisequote kommt: Der Flächenkreis ist Biomasse-land, d.h. 69 % der Erneuerbaren stammen hier aus Biogasanlagen. Die Maismonokultur ist unübersehbar.

Die Tabelle ordnet die Städte, Samtgemeinden bzw. Gemeinden nach ihrer Einspeisequote. Da liegen selbstverständlich die Regionen mit Windparks und landwirtschaftlichen Flächen vorn; erstaunlich ist aber schon, dass auf dem Gebiet der Samtgemeinde Lachendorf viermal soviel Strom produziert wie verbraucht wird.

Die Städte Celle und Bergen können da nicht mithalten; bei Celle ist der Windenergieertrag gegenüber dem Jahr 2013 eingebrochen (spontan fehlt hier eine Erklärung). Wichtig trotzdem: Die Einspeisequote in der Stadt Celle stagniert, vielleicht gibt's im nächsten Jahr durch die PV-Anlage der Stadtwerke eine leichte Verbesserung, aber: Hier bleibt viel zu tun.

Der jährliche Bericht der Celle-Uelzen-Netz GmbH lässt im Vergleich der letzten vier Jahre für den LK Celle eine weitere positive Tendenz erkennen: Der Stromverbrauch sinkt. Im Jahr 2011 waren es 769 Mio. kWh/a, im

letzten Jahr waren es 724 Mio. kWh/a – also 45 Mio. kWh/a. weniger. Das ist genau soviel wie 2014 an Solar-energie ins Netz eingespeist wurde. Das enorme Potenzial des Energie-“Sparens“ wird hier deutlich. Es ist gera-



de vor diesem Hintergrund offensichtlich, wie wichtig die von Bündnisgrünen und Die Linke/BSG geforderte Klimaschutzagentur sein könnte, denn Effizienzberatung und Strom-“Sparen“ wäre der wesentlich Zweck einer solchen Institution.

Absolut überraschend ist aber der Vergleich der Landkreise Celle und Uelzen. Während der Stromverbrauch in Celle in den letzten vier Jahren um 6 % gesunken ist, weist Uelzen hier 20 % weniger aus. Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren wächst in Uelzen zwischen 2011 und 2014 um 22 % in Celle um 17 %. Durch das Zusammengehen dieser Faktoren ist die Einspeisequote in Uelzen von 53 % (2011) auf 77 % (2014) gestiegen.

	Energie in Tsd. kWh/a.		In %	davon Solar	Wind	Biomasse	Wasser
	Entnahme	Einspeisung					
SG Lachendorf	36929	149143	403,87%	9468	70738	68936	
SG Eschede	19891	56669	284,90%	2752	24843	29074	
SG Flotwedel	31810	56954	179,05%	5053	10284	41541	76
Stadt Bergen	49102	38264	77,93%	9469	4868	23927	
Gemeinde Südheide	56216	42675	75,91%	2463	4055	36139	18
SG Wathlingen	53657	40351	75,20%	2128	3399	34824	
LK gesamt	724199	485780	67,08%	43475	138450	298295	5560
Gemeinde Hambühren	25521	12553	49,19%	1202		8842	2509
Gemeinde Faßberg	24727	11668	47,19%	1107		10548	12
Gemeinde Winsen	38465	14868	38,65%	2233	3042	9406	188
Gemeinde Wietze	42195	7737	18,34%	509	7228		
Stadt Celle	325793	54875	16,84%	7068	9993	35058	2757
Bezirk Lohheide	19893	23	0,11%	23			



Lecker Würstchen

Nachdem das „Team Wallraff“ Anfang Juni bei RTL den Wuppertaler Caterer vitesca an den Pranger gestellt hatte, verzichteten Grundschule und Kindergarten in Winsen sofort auf die Dienste der Firma. Eine „Undercover-Reporterin“ war in ihrer Probeweche bei vitesca angehalten worden, schimmelige Gurken zu verarbeiten. Und bei mehreren Kisten Bio-Hackfleisch war das Verbrauchsdatum laut Kennzeichnung seit über neun Monaten abgelaufen. - Künftig kocht die Gemeinde Winsen wieder selbst. Das kann man im Prinzip nur begrüßen. Hoffentlich wird aber auf einem anderen Niveau „gekocht“ als bei der ersten Überbrückungsmahlzeit: Da kamen Bockwürstchen auf den Teller. Und um das Ganze ernährungsphysiologisch ausgewogener zu gestalten gab's auch noch Weiß- oder Toastbrot dazu. Grün waren auf dem Foto einzig die Stühle.

1993 reloaded

Der größte politische Erfolg deutscher Neonazis war die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993. Die CDU wollte das schon lange, brauchte für die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit aber die SPD. Die Neonazis sorgten mit einer Mord-, Brand- und Pogromserie gegen Flüchtlinge für den erforderlichen "Druck von der Straße". Die (von der Mehrheit der Medien unterstützte) Logik: Die Politik muss Asylsuchende konsequent abweisen, damit die Nazis aufhören zu morden. Zynisch und absurd, aber so war es. Am 1. Juli 2015 mussten wir in der CZ folgenden Kommentar von Oliver Gatz lesen: „Zudem müssen Flüchtlinge innerhalb der EU mittels Quote gerechter verteilt werden, um der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken.“ Der Kommentar befasst sich eigentlich mit „Terrorgefahr durch Is-

lamisten, brennende Flüchtlingsheime, mehr rechtsextreme Gewalt“. Und rechtsextreme Gewalt bekämpft man jetzt also wieder, indem man ihrem Zweck Recht gibt und ihn "legal" erledigt?

Penetratorenfertigung

Für 39 Millionen hat ein „internationaler Kunde“, dessen Namen Rheinmetall für sich behält, „Penetratoren“ bestellt. Fertigung und Endmontage erfolgen in Unterlüß, was – wie Rheinmetall meint – zu einer zuFRIEDENstellenden Auslastung führe. Bei „Penetratormunition“ handelt es sich um panzerbrechende Geschosse, die ihre Wirkung allein der kinetischen Energie ihres Projektils (eine „Wolfram“-Pfeils) verdanken.

Panzerbataillon

Bis Ende 2016 soll das Panzerbataillon 414 mit einer Stabs- und Versorgungskompanie sowie zwei Panzerkompanien aufgestellt sein. Statt der vom Bundestagsabgeordneten Otte (CDU) ursprünglich angekündigten 700 Soldat*innen, werden es vorerst nur 370 sein. Und bei den Panzern herrscht von Beginn an die von uns prognostizierte Mangelwirtschaft. 18 Leopard-Panzer A6 sind aktuell vorgesehen. Der künftige Kommandant, Oberstleutnant Marco-Otto Niemeyer, hält mindesten 30 weitere Panzer für erforderlich, „um voll arbeitsfähig zu sein“. So hofft man weiter darauf, dass die Niederlande - auch mit Panzern - in dieses Bataillon einsteigen.



Wellness

„Endlich haben die Ferien begonnen. Ein perfekter Anlass, um sich einmal von dem Schulstress der letzten Wochen zu erholen. [...] Es ist der erste Tag der Sommerferien und im Jugendzentrum Winsen hat das Ferienpass-Programm begonnen. Heute ist ein

Tag nur für die Mädels, denn heute steht alles unter dem Motto "Wellness". Und was passt besser zu Wellness als eine waschechte Gesichtsmaske? [...] Schnell entscheiden sich alle dann doch lieber einstimmig für die Gurkenmaske. [...] Schließlich wird es spannend: Das Gemisch wird von dem ein oder anderen erschrockenen Quietschen auf die Gesichter aufgetragen. [...] Nach der Einwirkzeit werden die Masken abgewischt. Zurück bleibt eine weiche und gepflegte Haut. Danach ist die Gruppe wieder frisch und munter, so dass es mit dem Nägellackieren weitergehen kann. [...]“ (CZ, 25.07.2015)

Leider lässt sich wenig gegen den Wahnsinn machen, dass sich in größeren Städten Eltern von Beauty-Salons für ihre Kinder das Geld aus der Tasche ziehen lassen. Aber was hat dieser patriarchale Mist in einem öffentlichen Ferienpass-Programm zu suchen? Kommt uns bitte nicht mit so einem Quatsch wie, darüber würdet ihr das Selbstbewusstsein der Mädchen stärken. Fangt bitte mal an zu denken: Unterm Strich ist immer das Gegenteil der Fall. Wollt ihr noch eine Fachmeinung hören? Sabina Schutter vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) zu derartigem Schönheitswahn: „Die Erfahrungsräume der Mädchen werden sehr stark eingeschränkt. Dem folgt häufig eine schnelle Festlegung auf eine Rolle.“

Abi-Quote schlecht

Zu Beginn der Sommerferien wies Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) darauf hin, dass im Jahr 2014 nur 22,6 % aller Schulabgänger*innen in der Stadt Celle einen Abiturabschluss erreicht haben, der Landesdurchschnitt liegt bei 30,6 %, und im Landkreis erreichen 25,8 % der Schüler das Abitur an allgemeinbildenden Gymnasien. Mende machte hierfür das lange Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem verantwortlich. - Damit eröffnen wir mal wieder die Rubrik "Hab ich's nicht gesagt?" Vor genau sieben Jahren war in der revista zu lesen: „19,2 % eines Jahrgangs machen in Celle Abitur. Fast 5 Prozentpunkte weniger als im gesamten Land Niedersachsen (24,1 %) und über 15 %-Punkte weniger als in der Landeshauptstadt Hannover (35,4 %).“ Wir wiesen damals darauf hin, dass ein Umzug in die Landeshauptstadt die Chance auf ein Abi statistisch fast verdoppelt. Und wir machten auf

folgendes aufmerksam: „Die wirklichen Verlierer sind SchülerInnen aus Familien mit Migrationshintergrund, jene mit dem Stempel "n.d.H." (= nicht deutscher Herkunft). Wer sich die Namen unter den in der CZ veröffentlichten Fotos der Abschlussklassen anschaut, wird bei den Gymnasien zwar eine Anna finden, aber keine Ayse - und bei den Hauptschulen selten einen Christian, dafür aber einen Ciwan.“ Auch daran hat sich in den vergangenen sieben Jahren fast nichts geändert, oder?

Der Sprecher der Jungen Union trägt einen Vornamen, nämlich „Jannes“, der seine Chancen auf ein Abitur deutlich erhöht. Jannes Müller ist es deshalb ein besonderes Anliegen, die Gymnasien zu verteidigen und dem OB einen geheimen Plan zur Schließung eines derselben zu unterstellen. Wir empfehlen Jannes 1.) über den Unterschied von Prozent und Prozentpunkten nachzudenken, denn Celle hinkt nicht um acht Prozent (was wirklich egal wäre), sondern um acht Prozentpunkte hinterher; und 2.) „Vielfalt, statt Einfalt, ein differenziertes Schulsystem mit Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen sowie Förderschulen, so dass auch jedes Kind die Schulform auffinden kann, die für deren Bedürfnisse bestens geeignet ist.“ Was soll das Komma hinter „Vielfalt“ in deiner Pressemitteilung? Im Übrigen: Wenn du schon ein Relativpronomen wählst, müsste es „dessen“ statt „deren“ lauten, denn „Kind“ ist grammatisch ein Neutrum. Korrekt wäre allerdings an dieser Stelle das Possessivpronomen, also: „seine“. Wir haben, ehrlich gesagt, Zweifel an deiner Hochschulreife.

Celler Loch revisited

Im Juli nahm die Niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz an einer „kleinen Feierstunde“ in der JVA Celle teil; Anlass: die Wiederaufstellung des ausgesägten Mauerstücks des so genannten „Celler Lochs“. Mit dabei waren nicht nur der aktuelle Anstaltsleiter Werner Cordes, Oberbürgermeister Mende und der SPD-Landtagsabgeordnete Schmidt, sondern auch der damalige Anstaltsleiter Dr. Paul Kühling. Letzter war eingeweiht in jene unglaubliche „Aktion Feuerzauber“, bei der der niedersächsische Verfassungsschutz am 25. Juli 1978 ein Loch in die Außenmauer des Celler Knastes sprengte. Zweck

der Geheimaktion: Es wurde ein Befreiungsversuch für den damals in Celle einsitzenden "Terroristen" Sigurd Debus vorgetäuscht, um anschließend einen V-Mann in seiner Nähe zu platzieren. Erst acht Jahre später flog die Geheimdienstaktion auf. In einem Sondervotum zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss kam die SPD-Fraktion zu folgender Einschätzung: „Bei der Planung, Vorbereitung und Ausführung des Sprengstoffanschlags wurde gegen allgemeine Rechtsvorschriften verstoßen. [...] Der Geheimdienst handelte ohne Rechtsgrundlage und damit rechtswidrig.“

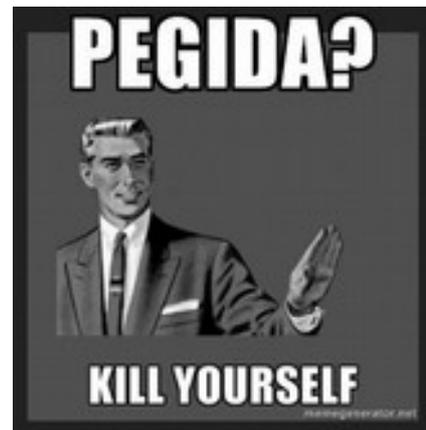
Antje Niewisch-Lennartz befand in ihrer Ansprache: „Ich bin froh darüber, dass ein Stück niedersächsischer und bundesdeutscher Geschichte wieder sichtbar ist. Es kann auch heute noch als Beispiel dafür gesehen werden, dass der Zweck nicht alle Mittel heiligt.“ Maximilian Schmidt meinte in einer PM, das neue Denkmal mahne, dass ein solcher Vorgang niemals wieder geschehen dürfe.

Wie das mit diesem „Mauerstück“ gelingen soll, dessen Info-Tafel nicht die Spur einer kritischen Sicht offenbart, bleibt uns schleierhaft.

Zu dem rechtlich und politisch unhaltbaren Charakter findet sich auf der neben dem „Loch“ aufgestellten „Info“-Tafel kein einziges Wort. Und auch nicht dazu, dass Sigurd Debus den Knast nicht überlebte. 1979 wurde er von Celle in die JVA Hamburg-Fuhlsbüttel verlegt. Dort beteiligte er sich ab dem 11. Februar 1981 an einem Hungerstreik der RAF-Mitglieder. Er starb am 16. April an den Folgen der Zwangsernährung, was übrigens auf der kleinen Feierstunde niemand für erwähnenswert hielt.

Cegida Fake

"Cegida" fand ja nur auf Facebook statt und hatte zwischenzeitlich einen gewissen Unterhaltungswert, weil den trotzigem Aufrufen zu "Abendspaziergängen" partout niemand folgen wollte. Anfang August wurde auf "NoCegida" dann offenbar, dass es sich um einen Fake gehandelt hatte: „Diese Seite war ein Experiment. Ein Experiment, um zu ermitteln, wieviele Celler sich für diese Bewegung begeistern lassen können. Die gute Nachricht: Ein Großteil der Gefällt-mir-Drücker waren entweder Leute, die sich über diese Seite lustig machen wollten oder



drecksdumme Nazibirnen, die glauben, es handele sich um eine Pegida-Seite von Chemnitz (die sich ebenfalls Cegida nennt)."

Der letzte „Demo“-Aufruf erging Ende Juli zum „Weinfest auf dem Großen Plan“ und traf nochmal voll und ganz den larmoyanten Pegidaton: „Es kann nicht sein, dass wir unser Vaterland für ein wenig Konsum, Bespaßung und der linksgrünversifferten Ideologie der Merkel-Faschisten vergessen! Deutschland, wach auf! Während Ihr Eure Weingläser leert, hungern deutsche Kinder, weil die BRD lieber Wirtschaftsflüchtlingen die Mäuler stopft! Dies ist ein stiller Protest. Wir wollen keine Unruhe stiften, sondern wachrütteln. Daher wollen wir uns am Großen Plan um 19.30 Uhr vor der Süßwaren-Filiale von Hüssel treffen - bringt Transparente, Schilder und Fahnen mit. Lasst uns der Spaßgesellschaft zeigen, dass sie auf dem Holzweg ist! Deutschland wird vergessen, das deutsche Volk wird vergessen, wir vergessen das Wesentliche - unsere Heimat, unsere glorreiche Geschichte, unsere Traditionen. Lasst uns gegen das Vergessen mahnen! WIR SIND DAS VOLK!".



„Du hast das doch prima gemacht“



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Habt Ihr schon gehört? Wegen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben Serbien, Mazedonien sowie Bosnien Deutschland von der Liste der „sicheren Staaten“ gestrichen. Albanien, Kosovo und Montenegro wollen nachziehen. Der serbischen Außenminister begründete dies damit, dass er es nicht mehr verantworten könne, dass Menschen nach Deutschland ziehen und dort Opfer rechtsextremer Gewalt werden.

Die Dicke: Mäßig amüsant.

Der lange Lulatsch: Aber hat einen wahren Kern, oder? Allein im ersten Halbjahr gab es 202 rassistische Übergriffe. Das sind bereits so viele wie im ganzen Jahr 2014 und das Dreifache dessen, was 2013 registriert wurde.

Die Dicke: Und deshalb fängt der Innenminister ja an, das Ganze ernstzunehmen.

Oma Lilo (singt): *Pack die Lichterkette ein, nimm' dein kleines Schwesterlein, ...*

Die Dicke: Nein, nicht so. Er gibt den Rassisten Recht. Der Wirtschaftsflüchtling wird schon bleiben, wo die Paprika wächst, wenn man ihm hier nur die Existenz möglichst schwer macht.

Oma Lilo: Genau, er will den Flüchtlingen das „Taschengeld“ wegnehmen, wohl wissend, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz 2012 klargestellt hat, dass selbst Flüchtlingen mit einer nur kurzen Aufenthaltsperspektive ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren ist.

Der lange Lulatsch: Innenminister und Verfassung – erwartet da noch jemand etwas anderes, als den permanenten Bruch? Nie hat sich übrigens jemand dafür entschuldigt, dass die Leistungen bis zum BVG-Urteil – egal unter welcher Bundesregierung – über fast 20 Jahre um keinen Pfennig oder Cent erhöht wurden. Alles eingeforen auf dem Stand von 1993, Kaufkraftverlust in der Zeit: über 30 Prozent.

Der Besserwisser: „Willkommenskultur“ halt.

Klein Jonas: Wieviel Taschengeld bekommen sie denn?

Die Dicke: Taschengeld. Ein bewusst irreführender Begriff. In Aufnahmeeinrichtungen, also den Sammellagern, wird der – wie es heißt - notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts durch Sachleistungen gedeckt. De Maiziere meint also den sogenannten Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Der beträgt aktuell für Alleinlebende 143 Euro, für Verheiratete 129 Euro und für Kinder zwischen 84 und 92 Euro. Das ist auch in der sogenannten Grundsicherung vorgesehen für Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, andere Waren und Dienstleistungen.

Der lange Lulatsch: Flüchtlinge bekommen unterm Strich 50 Euro weniger als Hartz IV, aber die Leute hören: 140 Euro Taschengeld.

Oma Lilo: Alles wieder so wie in den 1990ern. Landauf, landab vermitteln Behörden den Eindruck, Deutschland würde von Flüchtlingen regelrecht überflutet.

Die Dicke: Zwar werden in absoluten Zahlen die meisten Asylanträge innerhalb der EU in Deutschland gestellt, gemessen an der Einwohnerzahl aber sind es beispielsweise in Schweden mehr als dreimal so viele wie hierzulande. Auch in Ungarn oder Malta sind die Belastungen größer als in der Bundesrepublik – ganz zu schweigen von Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder der Türkei, wo Millionen syrischer Flüchtlinge untergekommen sind.

Der Besserwisser: Kinder, ihr wisst doch: Flüchtlingspolitik hat nicht dem Schutz von Flüchtlingen, sondern dem Schutz vor ihnen zu dienen. Nichts Anderes macht die Regierung.

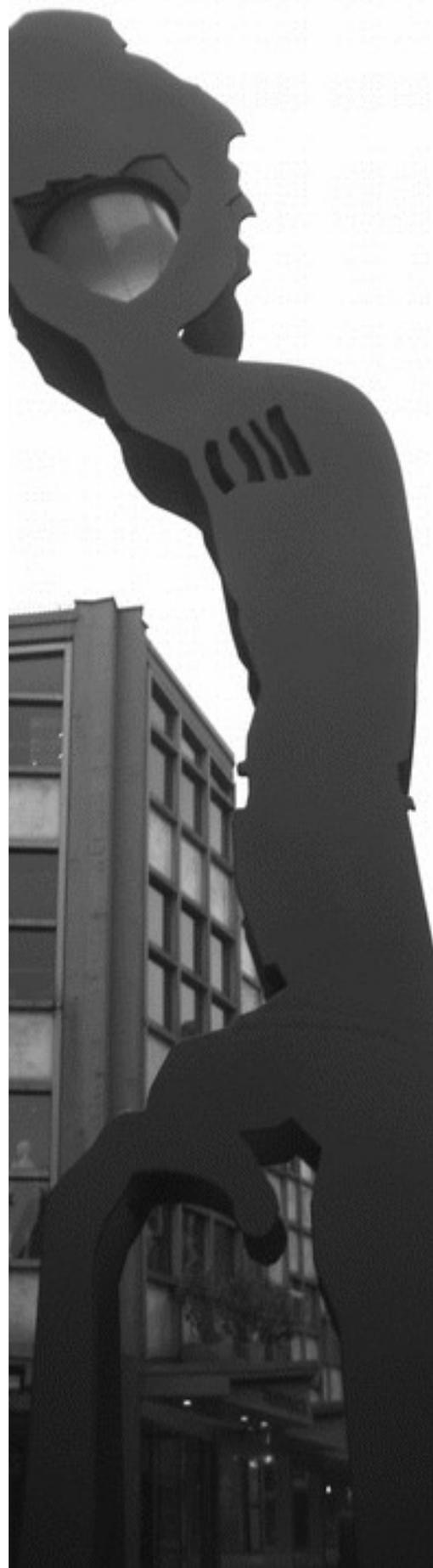
Oma Lilo: Vor kurzem die Kanzlerin: *„Ich verstehe das und dennoch muss ich jetzt auch – das ist manchmal hart in der Politik – wenn du jetzt vor mir stehst, dann bist du ja ein unheimlich sympathischer Mensch, aber du weißt auch, in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon gibt es noch Tausende und Tausende und wenn wir jetzt sagen „Ihr könnt alle kommen und ihr könnt alle aus Afrika kommen und ihr könnt alle kommen“, das können wir auch nicht schaffen. Da sind wir jetzt in diesem Zwiespalt und die einzige Antwort, die wir sagen ist: bloß nicht so lange, dass es so lange dauert, bis Sachen entschieden sind. Aber es werden auch manche wieder zurückgehen müssen.“*

Die Dicke: Das war der merkelsche Trost für dieses palästinensische Mädchen, oder? *„Du hast das doch prima gemacht.“*

Der lange Lulatsch: Ja – totgestreichelt sozusagen.

Der Besserwisser: Persönlich vielleicht *„unheimlich sympathisch, aber“* eben hierzulande nun einmal ohne Bleiberecht. Den politischen Beschluss, Ausländern nur ganz ausnahmsweise ein dauerhaftes Leben in Deutschland zu erlauben, dessen Folgen das Mädchen gerade beklagt, rechtfertigt die Bundeskanzlerin. Sie sagt aber nicht, dass die Politik Menschen, die sich aus irgendwelchen Notlagen heraus nach Deutschland flüchten konnten, hier nicht haben will, was die Wahrheit wäre; sie sagt, dass sie das nicht kann, weil sie andere Notleidende aus Flüchtlingslagern und Elendsgebieten auch nicht hier haben will. Das muss das gute Kind doch einsehen, dass die Legalisierung ihres Hierbleibens, Deutschkenntnisse hin, Gymnasium her, da ganz falsche Signale setzt. Damit, so behauptet Merkel, würden *„wir“* ja sagen *„Ihr könnt alle kommen ...“*. Das stimmt so zwar nicht, ist aber auch umgekehrt gemeint. Wenn *„wir“* Flüchtlingen, die es bis nach Deutschland geschafft haben, ein Bleiberecht zugestehen, dann ist für die Elenden dieser Welt ein Exempel in falscher Richtung statuiert und die abschreckende Wirkung konsequenter Abschiebung dahin, auf die es der Flüchtlingspolitik immer noch ankommt. Schließlich sollen diese Elenden von Deutschland ferngehalten werden, da ist beispielhafte Härte im Umgang mit den hier Angelandeten dringend notwendig. Die kann man allenfalls abmildern, indem man ihnen gar nicht so viel Eingewöhnungszeit gibt. Merkel verspricht da Besserung: *„Die einzige Antwort, die wir sagen ist: bloß nicht so lange, dass es so lange dauert, bis Sachen entschieden sind“*. Das hat mit dem, was das Mädchen wollte, der Rücknahme der in ihrer Sache gefällten Entscheidung: Abschiebung, zwar nichts zu tun. Aber schneller ablehnen und abschieben ist nun mal das politische Ziel, das die deutsche „Willkommenskultur“ begleitet.

Oma Lilo (singt wieder aus einem Song von den „Goldenen Zitronen“): *Das bisschen Totschlag bringt uns nicht gleich um, sagt mein Mann ...*



Mehr als 50 Prozent werden anerkannt

Kein „massenhafter Asylmissbrauch“

173.072 Asyl-Erstanträge wurden in 2014 gezählt, die Schutzquote des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) war dabei mit offiziellen 31,5 % so hoch wie lange nicht – in 2015 liegt die Quote bisher bei 34,7 %. Rund 130.000 Entscheidungen hat das BAMF 2014 getroffen. Über ein Viertel der Antragsteller (25,9 %) erhielten die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention, weitere 4,0 % erhielten europarechtlichen subsidiären Schutz, für 1,6 % wurden nationale Abschiebungsverbote verhängt.

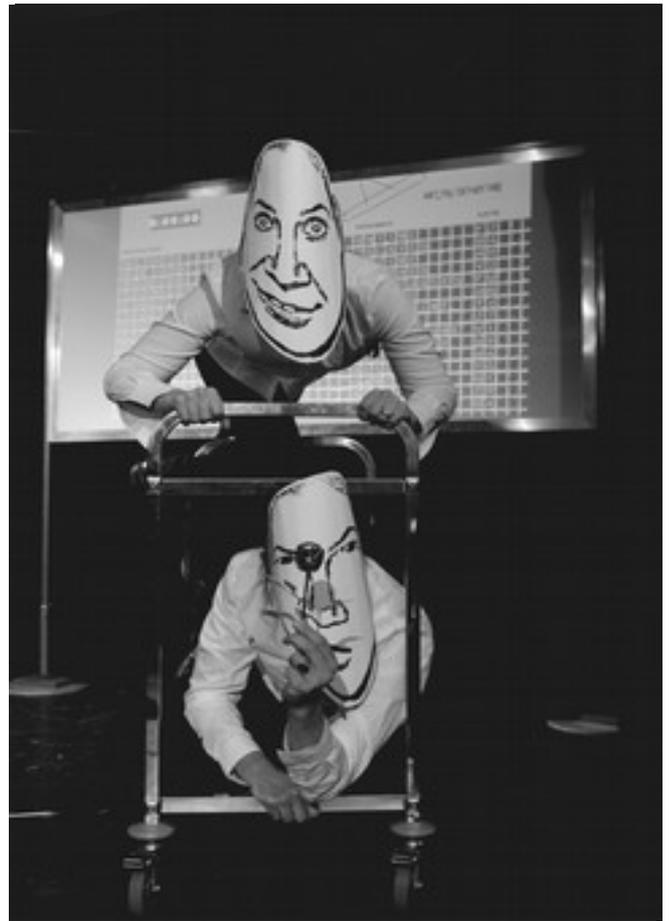
Rund 45.000 Asylanträge (35 %) kamen als „formelle Erledigungen“ gar nicht zur Entscheidung: In mehr als der Hälfte dieser Fälle wurde nach der Dublin-Verordnung ein anderer EU-Staat für zuständig befunden; hinzu kamen viele Entscheidungen nach der „sicheren Drittstaatenregelung“, weil für die Antragsteller*innen bereits ein anderer Staat die internationale Schutzberechtigung festgestellt hatte – leider oft, ohne dass die Betroffenen tatsächlich Aufnahme und Schutz erhalten hätten.

Zieht man diese formellen Erledigungen ab und betrachtet nur die inhaltlich geprüften Fälle, ergibt sich eine bereinigte Gesamtschutzquote von 48,5 %, das heißt, fast jede*r Zweite wird als schutzberechtigt anerkannt. Bei 10,5 % positiven Klageverfahren vor Gericht liegt die Erfolgsquote letztlich bei über 50 %.

Ein Großteil der Ablehnungen bezog sich in 2014 auf Flüchtlinge aus dem Westbalkan. Bei Flüchtlingen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo und Serbien lagen die Anerkennungsquoten lediglich bei 0,3 bis 2,2 %. Hieraus auf einen „massenhaften Asylmissbrauch“ zu schließen, ist nicht nur gefährlich, sondern auch falsch. Auch aus den Westbalkanstaaten kommen viele Menschen, die gute Gründe haben, ihr Herkunftsland zu verlassen – ihre Fluchtgründe werden jedoch nicht anerkannt.

Wenn etwa Roma keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung haben, ihre Siedlungen zwangsgeräumt werden und dies alles im Zusammenwirken massive Folgen hat, dann kann dies kumulative Verfolgung in Sinne des Asylrechts darstellen. Trotzdem werden Asylanträge rigoros abgelehnt.

Erstaunlicherweise haben andere europäische Staaten ganz andere Schutzquoten für Flüchtlinge aus Balkanstaaten (ausgewählte Zahlen für 2014): Die Schweiz hat für Flüchtlinge aus dem Kosovo eine Schutzquote von 40 %, für Serbien von 37 % und für Mazedonien von 30 %; Frankreich 32 % für Serbien und 20 % für Bosnien; Belgien 18 % für Bosnien; GB 18 % für Albanien; Italien 37 % für Serbien.



Satire über Deutschlands Umgang mit Flüchtlingen

Asylant im Wunderland

„Entschuldigung, darf ich ...“, mit diesen Worten versuchen zwei seltsam ausschauende Beamte am Flughafen Flüchtlinge mit Blumen willkommen zu heißen. Doch die Begrüßungszeremonie endet noch, bevor der Satz zu Ende gesprochen werden kann. Denn die Flüchtlinge winken ab. Das ist ein großes Problem für die beiden Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, weil Deutschland dringend Fachkräfte benötigt.

Das Theaterstück „Asylant im Wunderland“ von theater odos ist eine Satire auf den Umgang Deutschlands mit seinen Flüchtlingen. Hier prallen schwarzhumorig Wirklichkeit und Wunschdenken aufeinander.

Die beiden Schauspieler Johanna Kollet und Jörg Schulze-Neuhoff schlüpfen abwechselnd in die Rollen der Beamten und der Flüchtlinge. Dabei halten sie der Politik den Spiegel vor. Denn in Deutschland werden Asylbewerber*innen nur sehr selten glücklich, weiß Regisseur und Autor Heiko Ostendorf nach Gesprächen mit Flüchtlingen und umfangreichen Recherchen.

Freitag, 6. November 2015, um 18 Uhr, in Halle 19 des Schlosstheaters, Hannoversche Straße 30 - Eintritt frei.

Veranstalter: Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Diakonische Werk Celle

Was hat denn das mit dem Islam zu tun?

„Der Kreisverband der Celler AfD hatte im Juni den „promovierten Religionswissenschaftler“ Dr. Michael Többens zu einem Vortrag eingeladen. Thema: „Was hat denn das mit dem Islam zu tun?“ Auf dem Veranstaltungsflyer wurde gefragt: „1. Ist es der Anspruch des Islam, diese Religion weltweit (und notfalls mit Gewalt) zu verbreiten? 2. Gibt es den friedlichen Islam und einen gewalttätigen Islam? 3. Ist das Frauenbild des Islam mit europäischen Vorstellungen kompatibel? 4. Was bedeutet die Dschidzya (Abgabe von Ungläubigen an Muslime) für die Erwartungshaltung muslimischer Mitbürger in Deutschland? Abschließende Frage: Wieviel Islam ist gut für uns?“

Alles Fragen, die auf den einschlägigen Internetportalen von vorn bis hinten durchdekliniert werden. Wir wissen nicht, was Dr. Michael Többens, der für DIE UNABHÄNGIGEN im Stadtrat sitzt, darauf zu antworten wusste. Für die Veranstaltungsbesucher*innen dürfte es egal gewesen sein, denn selbst, wo sie ihr Vorurteil nicht bestätigt sahen, werden sie sich kaum davon haben abbringen lassen.

Laut einer Sonderauswertung des „Religionsmonitors“ der Bertelsmann-Stiftung sehen 57 % der Deutschen im Islam eine Bedrohung. 40 % fühlen sich wie „Fremde im eigenen Land“ und 24 % würden Muslimen gern ganz die Zuwanderung nach Deutschland verbieten. Dabei gilt: „Je öfter, je doller.“ Von den unter 25-Jährigen fühlen sich „nur“ 39 % bedroht. Zweite Regel: „Wat de Bur nich' kennt.“ In Bundesländern, wo kaum Muslime leben, ist die „Angst“ am Größten. Gleichwohl finden 85 %, dass sie anderen Religionen gegenüber sehr tolerant seien.

Kein Wunder also, dass in Parteizentralen dieses Ressentiment auch unter dem Gesichtspunkt eines anzuzapfenden Wähler*innen-Reservoirs betrachtet wird. Während sich kaum jemand interessiert für die Sorgen der Alleinerziehenden, wie sie mit Hartz IV ihren Kindern Chancengleichheit bieten können, werden die „Sorgen“ der Bekloppten gern mal „ernst“ genommen. Die „Sorge“ in den Parteizentralen gilt dabei nicht „den Menschen“, sondern der Frage, wo sie ihr Wahlkreuz machen. Zumal mit der radikal rechtsgewendeten AfD ein passgenaues Angebot auf dem Markt ist.

Schauen wir auf den Referenten: Der 64-jährige Michael Többens lebt seit 1980 in Celle, wo er Offizier bei den Heeresfliegern war. Nach seiner Pensionierung studierte er an der Leibniz-Universität in Hannover bei Prof. Dr. Dr. Peter Antes Religionswissenschaft. Seine Dissertation wurde unter dem Titel „Schleichende Islamisierung? Religionsfreiheit versus Religionsausübungsfreiheit in Europa“ in diesem Jahr im Wissenschaftsverlag Peter Lang veröffentlicht. Ehrenamtlich arbeitet er bei den Maltesern und ist für DIE UNABHÄNGIGEN auch stellvertretender Ortsbürgermeister in Klein-Hehlen.

In seiner Dissertation hat sich Többens vorgenommen zu untersuchen, in welchem Umfang in Europa Teile der Sha-

ria angewendet würden. Er hat sich angeschaut, wie in Deutschland, Groß-Britannien, Spanien, Frankreich und den Niederlanden umgegangen wird mit Bestattung, Speisevorschriften, Feiertagen und Privatrecht (Ehe, Scheidung, Erbschaft). Es geht ihm also darum, welche Freiheiten die verschiedenen Länder hinsichtlich der Religionsausübung bieten.

Die Religionsfreiheit ist Bestandteil nicht nur des Grundgesetzes sondern auch der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dort heißt es: „Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.“ Többens meint nun, dass die Anwendung von Teilen der Sharia möglich werden würde, „durch eine überdehnte Interpretation der Religionsfreiheit in Richtung auf die Religionsausübung und letztlich [den] Anspruch auf eine Religionsausübungsfreiheit.“ Dadurch könnten sich Parallelgesellschaften entwickeln, die auf Dauer von den Mehrheitsgesellschaften nicht mehr toleriert würden, was zu Störungen des sozialen Friedens führen könne.



Zugegeben, auch wir stören uns daran, dass weltweit Milliarden Menschen Gefallen daran finden, eine Religion „frei“ zu wählen, statt es sein zu lassen. Und auch wir hielten und halten es für inakzeptabel, dieses dann z.B. noch in Kreuzzügen, Hexenverbrennungen, Fronleichnamszügen und exzessiver Ausstellung von Kreuzigungen abzufeiern. Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung würden wir gern alle kirchlichen Feiertage opfern. Kurz gesagt: Wir halten nichts von Religionen und schließen den Islam in allen seinen Spielarten von ganzem Herzen in diese Ablehnung ein.

Was hat Michael Többens jetzt herausgefunden? Bei der Bestattungsfrage geht's den Muslimen um die Bestattung

innerhalb 24 Stunden, ohne Sarg und auf einem besonders ausgewiesenen Gräberfeld. Obwohl nichts mehr gegen eine schnelle Beerdigung spricht, ist dies bisher nur in GB erlaubt. Ansonsten kommen die Länder auf Grundlage ihrer jeweiligen Gesetzgebung und Tradition den Anliegen muslimischer Verbände entgegen. Bei der Speisevorschrift geht's eigentlich nicht ums Essen, sondern um die Art, in der Tiere getötet werden sollen („schächten“). Hier kollidiert in Deutschland der Tierschutz mit der Religionsausübungsfreiheit. Stand der Dinge: Muslimische Konsument*innen haben keinen Anspruch auf geschächtetes Fleisch, da es ihre Religion nicht zwingend vorschreibt. Wohl aber erstritt ein muslimischer Metzger vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Ausnahmegenehmigung für das Recht auf betäubungsloses Schächten. In den anderen untersuchten Ländern ist's weitgehend erlaubt, will man Többens glauben. (Die Einschränkung sei erlaubt, weil z.B. Többens einzige Quelle für GB die Website einer Fleischfabrik ist.) Muslimische Feiertage gibt es nur in Spanien. In dieser Frage findet Többens aber schon anstößig, dass es in GB in überwiegend von Muslimen bewohnten Stadtteilen dazu komme, dass an muslimischen Feiertagen Geschäfte geschlossen bleiben. Und was ist mit dem Ehe- und Scheidungsrecht? Unterm Strich müssen Eheschließungen und Scheidungen überall von Amts wegen erfolgen. Einzelne Ausnahmen haben mit der kolonialen Geschichte einzelner Länder zu tun. Ungemach wittert Többens in GB, wo es *Islamic Sharia Councils* gibt, private Schiedsgerichte für zivilrechtliche Fragen. Kurioserweise vermag Többens über deren letztendliche Rechtswirksamkeit kaum aufzuklären und verweist darauf, dass es Bestrebungen gäbe, die Sharia Councils ins britische Rechtssystem zu implementieren (Quellenangabe aber: Fehlanzeige).

Többens kommt zu dem Ergebnis, „dass von den untersuchten Themenbereichen nur das Zivilrecht gegen europäische Wertvorstellungen [...] verstößt.“ Trotzdem folgert er: „Der Islam stößt in kleinen aber kontinuierlichen Schritten in die Lücken vor, die durch eine überdehnte Interpretation des Begriffs der Religionsfreiheit geöffnet werden. Das führt dazu, dass mit dem Menschenrecht der Religionsfreiheit [...] andere Menschenrechte und Traditionen untergraben werden.“ Konsequenz: „So wie jede Religion kann auch der Islam auf einen tolerablen Kern zurückgeführt werden. Im Fall des Islam kann die Definition aber nicht seinen Verbänden überlassen werden, denn dann würde der gesamte Lebensbereich als religiös definiert und dafür Akzeptanz verlangt.“ Als Beleg führt Többens die „Grundsatzklärung des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft“ aus dem Jahr 2002 an, in der es heißt: „Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten.“ Wo ist also sein Problem? Többens: „Eine grundsätzliche Verpflichtung bedeutet nicht eine unbedingte Verpflichtung.“ Dass der Zentralrat gleichzeitig die gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der BRD „bejaht“ und explizit auf die Anerkennung des deutschen Ehe-, Erb- und Prozessrechts abhebt, lässt Többens außen vor. Aber das würde an seiner Obsession wohl auch nichts ändern: „Damit bleibt den islamischen Verbän-

den die Möglichkeit, zu gegebener Zeit, bei entsprechender demografischer Entwicklung, nur noch islamische Regeln zu akzeptieren.“

Die veröffentlichte Dissertation hat (ohne Anhang) 123 Seiten, die Literaturliste umfasst unglaubliche 34 Titel – darunter, obwohl sich der Autor mit fünf europäischen Ländern beschäftigt, eine einzige fremdsprachige Arbeit; und diese beschäftigt sich nicht mit einer länderspezifischen Frage sondern mit den Überlieferungen des Propheten. Wie schon angemerkt, sind die fast einzigen Quellen zu seiner Forschungsfragestellung Internetverweise, zumeist auf Presseveröffentlichungen. Die in den jeweiligen Ländern ja durchaus vorhandene wissenschaftliche Diskussion nimmt er überhaupt nicht zur Kenntnis und begnügt sich zu Hintergrundfragen mit den Länderberichten der Bundeszentrale für politische Bildung. Die wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema „Schächten versus Tierschutz“ tauchen bei ihm nicht auf usw.usw. Schon als Facharbeit im Leistungskurs müsste man ihm die Arbeit eigentlich „um die Ohren hauen“. Bei Prof. Dr. Dr. Antes am Seminar für Religionswissenschaft der Uni Hannover gibt's dafür einen „Dr. phil.“.

Abschließend ein Beispiel für die wissenschaftliche Qualität. Im Bachelorstudium hatte Többens Politikwissenschaften im Nebenfach. Dies sollte einen befähigen, einen Begriff von „Gesellschaft“ zu haben, zumal wenn einem an der Verhinderung von sogenannten „Parallelgesellschaften“ gelegen ist. Hören wir mal rein:

„Die Frage, was Gesellschaft eigentlich ist, hat sowohl Soziologen als auch Philosophen beschäftigt, ohne dass bis heute eine allgemein gültige Definition gefunden werden konnte. Das liegt in erster Linie daran, dass eine Gesellschaft kein starrer Organismus ist, sondern einem hochkomplexen kybernetischen System gleicht.“

Stürnrunzeln bei jeder Gemeinschaftskundelehrerin; woher hat er diesen Unsinn nur? Ein Blick ins von Többens so gern genutzte Internet hilft.

„Was ist eigentlich die „Gesellschaft“? Diese Frage hat schon viele Soziologen und Philosophen beschäftigt. Eine einheitliche Definition dafür konnte bis heute nicht gefunden werden, weil die Gesellschaft kein starrer und in sich geschlossener Organismus ist, sondern ein hochkomplexes System.“ (<http://jtg-online.de/was-ist-gesellschaft/>; abgerufen am 06.07.2015) Die „Quelle“ war ihm selbst wahrscheinlich zu peinlich, um sie in einer Fußnote anzumerken.

Und für die AfD beantworten wir gern noch ihre vier Fragen: 1.) Ja und Nein; 2.) Nein; 3.) Ja und Nein; 4.) Macht Eure Steuererklärung „und gut ist“. Und schließlich: Wieviel Islam ist gut für Euch? Glaubst man/frau dem „Religionsmonitor“ darf's für Euch gern etwas mehr sein – nimmt ja anscheinend Ängste.



Mal wieder nach den Rechten schauen

Am 26. September findet in Eschede eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt. Den Auftakt bildet um 13 Uhr eine kurze Kundgebung an der Kreuzung Am Glockenkolk / Bahnhofstraße. Um Demonstrationzug geht es anschließend zur Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg, wo die Hauptkundgebung stattfindet. Wenn diese beendet ist, geht es gemeinsam zurück zum Bahnhof, wo die Veranstaltung gegen 17 Uhr endet.

Leider hat es sich bewahrheitet, dass trotz Verkleinerung des Grundstücks von Joachim Nahtz und trotz des Brandes im Vorjahr die unsägliche Tradition der Nazitreffen zu sogenannten Brauchtumsfeiern auf Hof Nahtz fortgeführt wird. So ist zu befürchten, dass am 26.09. bei Nahtz ein ertedankfest stattfindet.

Bereits zur sogenannten Wintersonnwendfeier 2014 kamen lt. Polizeiangaben 40 bis 50 Personen bei Nahtz zusammen. Es wurde das Ende der Aufräumarbeiten nach dem Brand im August 2014 gefeiert mit einer Sonnwendfeier als Abschluss. Der Brand selbst entstand, als Nahtz mit „Kameraden“ seinen vollgerümpelten Hof aufräumen wollte und Unrat verbrannt wurde. Funkenflug war wohl die Brandursache. Monatlang danach trafen sich an den Wochenenden darauf „Kameraden“, um sogenannte „Brandopferhilfe“ zu leisten, unter Federführung von Manfred Börm, ein in den vergangenen Jahren immer wieder gerne gesehener Gast bei Nahtz. Familie Börm ist seit Jahren berühmt-berüchtigt in der Neonaziszene. Der Bauunternehmer aus Handorf bei Lüneburg wurde bereits in den frühen 1970er Jahren in der Szene der extremen Rechten aktiv und beteiligte sich an Aktionen der rechtsterroristischen Untergrundorganisation "Wehrsportgruppe Werwolf". Als "Gauleiter" in Niedersachsen führte er die Wiking-Jugend bis zu ihrem Verbot 1994 mit an. Er leitete jahrelang den Ordnertrupp der rechten Szene, dessen Aufgabe es war, Aufmärsche und Veranstaltungen zu sichern und dabei nicht zimperlich vorging.

Anfang August 2015 waren Manfred Börm und sein Sohn Alf Gäste bei einer Hochzeit von Jameler Neonazis. Jamel hat eine traurige Berühmtheit erlangt als „Nazi-Dorf“ in Mecklenburg-Vorpommern. Sieben von zehn Häusern sind von Neonazis bewohnt, ein „Gemälde“ mit der Aufschrift „Dorfgemeinschaft Jamel – frei, sozial und national“ zielt bezeichnenderweise den Ortskern, ebenso sind Runen und ein Außengrill in Form eines KZ-Verbrennungsofens in Jamel zu sehen.

Alleine am Beispiel Börm wird deutlich, dass die Treffen bei Nahtz keine Kaffeekränzchen sind. *„Die Sonnwendfeiern sind für die Szene nicht bloß Anlass, Met im Feuerschein zu genießen. Alte heidnische Bräuche gehören schon seit der völkischen Bewegung 1871*

zur ideologischen Selbstlegitimation. Am Feuer werden Rituale und Beschwörungen praktiziert, um mit sich, der Natur und dem „eigenen Volk“ eins zu werden. Das Heidentum ist für die Szene der „arteigene Glaube“, anders als das Christentum, in dem jeder Mensch als gleichwertig betrachtet und Mitgefühl gelebt wird. Für militante Rechtsextreme ist das nichts. „Das gemeinsame Verweilen an der Glut des Sonnenwendfeuers“ stärke das Zusammengehörigkeitsgefühl und gebe „neue Kraft für jene Taten, die unser Volk wieder zu dem erwachsen lassen, das es einstmals war“, erklärte vor Jahren der regionale Kameradschaftsführer Dennis Bührig bei einer Wintersonnwendfeier.

Edda Schmidt, langjährige NPD-Aktivistin, wurde auf der Webseite der „Düütschen Deerns“ deutlich: „In unseren Festen ist trotz der Überfremdung (...) die Weltanschauung des nordischen Menschen (...) erhalten geblieben.“ Die „Brauchtumspflege“ sei das Bollwerk gegen „Umerziehung“. Im Verlauf der Sonnwendfeiern werden Reden vor den im Kreis stehenden Anhängern gehalten, Kinder und Jugendlichen tragen oft Gedichte vor.“ (A. Speit in TAZ vom 20.12.2014)

Im Sommer dieses Jahres fand dann erwartungsgemäß die Sommersonnwendfeier statt. Heroisch und martialisch inszenierten sich die Nazis, mit Fahnen, Fackeln, Sonnwendfeuer, Baumstammweitwurf und ähnlichen „Sportarten“. Das Ganze, untermalt mit theatralischer Musik, wurde dann ins Netz gestellt. In diesen Filmchen ist deutlich zu erkennen, dass das Gelände von Joachim Nahtz locker für solche Großevents ausreicht, über 60 Personen aus ganz Norddeutschland trafen sich bei ihm am 20. Juni, darunter auch wieder erschreckend viele Kinder und Jugendliche. Das Gelände bietet augenscheinlich ausreichend Platz für Zelte, in denen Propaganda neben Marmeladengläsern zu sehen ist.

Es scheint also das weitergeführt zu werden, was schon seit Jahren bei Nahtz stattfand:

Auf seinem Gelände wird das Nazi-Lebensgefühl in all seinen Facetten zelebriert: neben Musik, Tanz und Sport vor allem politische Indoktrination, Vernetzung, Kontakte knüpfen und pflegen. Damit bleibt Hof Nahtz das, was er war, wenn auch kleiner: ein wichtiger Bestandteil im Verbund der extremen Rechten, ein bei Nazis beliebter Treffpunkt. Für diese Beliebtheit sorgt unter anderem, dass Hof Nahtz so schön abgelegen und ruhig ist. Es lässt sich also hervorragend ungestört das Nazilebensgefühl in vollen Zügen ausleben.

Aber genau das muss ihnen genommen werden: die Ruhe und die Ungestörtheit. Lasst uns nach den Rechten schauen! Lasst uns unruhig und störend sein! Schluss mit den Nazitreffen!

God save the Queen, the fascistic regime*

All jenen, die im Juni mit glänzenden Augen winkend am Straßenrand standen, hoffend, dass die Queen etwas royalen Glanz in unsere angestaubte Hütte bringen würde, empfehlen wir das Buch von Heathcote Williams: „Die Windsors - Eine schrecklich nette Familie“. Williams zeigt die britische Königin nicht als nette alte Lady, vor der Mädchen knicksen und Stadtoberhäupter das Haupt neigen sollten, sondern die wahre Monstrosität hinter der pompösen Fassade der Windsors.

Wer sich nicht daran stört, dass das Buch mit seinen knapp hundert Seiten auf Deutsch (plus alles noch mal auf Englisch) stolze 14,99 Euro kostet und auch kein Problem mit der Versform hat, erfährt von der hemmungslosen, abstoßenden Gier nach Macht und Geld der Royals.



Wohl kaum bekannt ist demnach folgendes: „Königin Elisabeth II., Staatsoberhaupt des vereinigten Königreichs und von 31 weiteren Staaten und Territorien, ist die rechtmäßige Eigentümerin von 2.670.000 Quadratkilometern Land, ein Sechstel der nicht von Wasser bedeckten Erdoberfläche. [...] Der Wert ihres Grundbesitzes beträgt annähernd 1.760.000.000.000 Pfund. Das macht aus ihr den reichsten Menschen der Erde.“

Der Autor zeigt die britische Monarchie als imperiale Firma, die dank ihrer Kronagenten, die ihre Unternehmensbeteiligungen bei den Waffenfirmen BAE Systems und Lockheed verwalten, Milliarden anhäuft. Produziert werden dort Uranmunition, Landminen und Streubomben. Dabei sind alle royalen Geschäfte ausgenommen von der Offenlegung nach dem Informationsfreiheitsgesetz, wodurch die Interessen des Königshauses über jene des Volkes erhaben sind.

Nachdem die Queen als erster Mensch in den 1950er Jahren ein AKW für den Betrieb freigab, erhielt sie den

Rat, in Uran zu investieren. Als „Freibeuter der Royals“ riss sich der Unternehmer Tiny Rowland die Bodenschätze halb Afrikas unter den Nagel, wieviel er den Windsors einbrachte, ist nicht bekannt. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter sind es jedoch: Beispielsweise in der Abscheideanlage der ghanaischen Goldminen mussten Jungen fast nackt in einem Bad aus Zyanid arbeiten, da es Firmenpolitik war, „Diebstahl zu verhindern“.



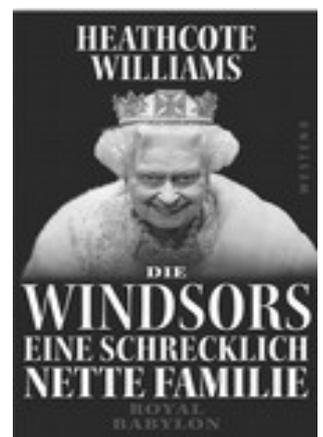
„Als die britische Regierung ihren illegalen Krieg im Irak führte, / Wuchs dadurch der Wert der royalen Investitionen: / Der Preis von Uran stieg in sechs Jahren um 500 Prozent- / Sein radioaktiver Todesreigen wirft ordentliche Profite ab. ... / Und die Politiker dreschen Phrasen, „Unterstützt die Truppe“, was eigentlich heißt: / „Unterstützt die Profite der Waffenindustrie.“ / Eine tödliche Doppelmoral, die dazu dient, junge Menschen von ihrer Ruhmreichen Pflicht / Zu überzeugen, dem Staate als Kompost zu dienen“.

Wen wundert es da noch, dass die Königsfamilie enge Beziehungen zu Nazi-Größen unterhielt, die Queen bis heute als Staatsoberhaupt außerhalb Groß Britanniens Todesurteile unterzeichnet (nie gab sie einem Gnadengesuch statt), die Bediensteten des Palastes tyrannisiert und alle Windsors eine Vorliebe für das massenhafte Abschießen von Wildtieren haben. So soll der sogenannte Öko-Prinz Charles bis 1993 allein 30.000 Vögel vom Himmel geschossen haben.

Ein letztes Zitat kanadischer Einheimischer, die das Spektakel durchschauten, dürfte reichen: „Die Monarchie hat niemand gewählt“ und „Haut ab, royale Parasiten“.

Heathcote Williams: Die Windsors - Eine schrecklich nette Familie, zweisprachige Ausgabe, Westend-Verlag, 174 Seiten, 14,99 Euro.

* Die Überschrift ist der Titel eines Songs der britischen Punk-Band Sex Pistols aus dem Jahr 1977.



Der Boxer – im Schlosstheater & Kino

Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 hatte eine inzwischen weitgehend verdrängte anti-ziganistische Komponente: Die Mehrzahl der Flüchtlinge in Rostock waren Roma aus Rumänien. Und wenn neben Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien nun auch Kosovo, Albanien und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden sollen, richtet sich dies – zumeist unausgesprochen – gegen Roma. Die strukturelle und rassistische Diskriminierung dieser Gruppe wird schlicht und einfach negiert.

Vielleicht bietet das Schlosstheater im September/Oktober mit dem Stück „Der Boxer“ einen Gesprächsanlass zur fortwährenden Ausgrenzung von Sinti und Roma in Europa. Das Stück von Felix Mitterer basiert auf dem Schicksal des Sinto-Boxers Johann „Rukeli“ Trollmann. Dem Profiboxer aus Hannover erkannten die Nationalsozialisten 1933 seinen Meistertitel im Halbschwergewicht ab; elf Jahre später starb er in einem Außenlager des KZ Neuengamme. Seine Lebensgeschichte ist in den letzten 20 Jahren auf vielfältige Weise Gegenstand der Erinnerungskultur an die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus geworden. Zu Trollmann gibt es wissenschaftliche Arbeiten, literarische und dramaturgische Bearbeitungen, Filme; an verschiedenen Orten wird über Stolpersteine oder in anderer Weise an ihn erinnert.

Kathrin Herold und Yvonne Robel haben in ihrem Aufsatz „Zwischen Boxring und Stolperstein“ darauf hingewiesen, dass Johann Trollmann dabei eine „Identifikationsfläche“ vor allem als „widerständiges Opfer“ bietet. Dazu tragen auch Narrative bei, die zum einen auf einer dünnen Quellenlage aufbauen und zum anderen an stereotype Bilder vom „Zigeuner“ anknüpfen. Eines dieser Bilder ist die (im wesentlichen unbelegte) Geschichte, dass „Rukeli“ im Kampf nach der Aberkennung seines Titels mit blond gefärbtem Haar und weiß gepuderte Haut im Ring erschienen sei. Und da die NS-Boxfunktionäre ihm seinen tänzelnden Stil verboten und einen Kampf „Fuß an Fuß“ eingefordert, habe er sich in der Maske des „Ariers“ zusammenschlagen lassen. Diese Geschichte, so Herold und Robel, „zeichnet das Bild eines rassistisch Verfolgten, der sich fantasievoll und heroisch zur Wehr setzt und seinen Verfolgern an Geistes- und Kampfstärke überlegen ist.“ Wenn der SPIEGEL in seiner Geschichte aus dem Jahr 2003 den Boxer als Sexsymbol mit „seiner schwarzen Lockenmähne und den schönen braunen Augen“ beschreibt, würden andererseits romantischen Stereotype vom „Zigeuner“ als Konstruktion des „Anderen“ bedient.

Das im Januar diesen Jahres am Wiener „Theater in der Josefstadt“ uraufgeführte Stück scheint diese Klippen umschiffen zu haben, will man den größtenteils überschwänglichen Kritiken glauben.



Das Kino achteinhalb zeigt übrigens ergänzend zum Theaterstück den Film „Gibsy - Die Geschichte des Boxers Johann Rukeli Trollmann“ von Eike Besuden. Hannes Wegener spielt hier den Boxer, Hannelore Elsner seine Mutter.

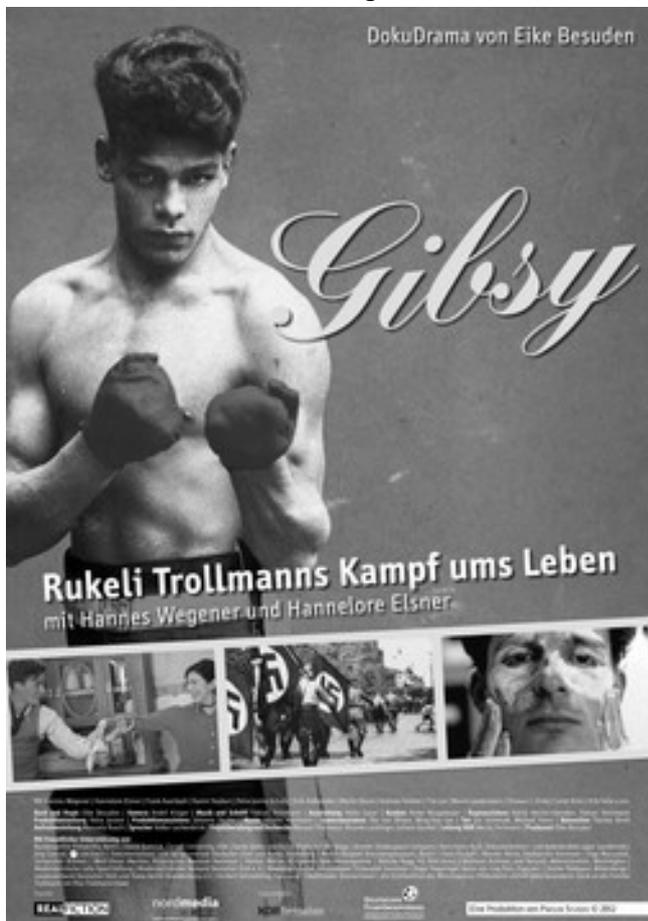
Aber lässt sich über diese Geschichte überhaupt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart schlagen?

Bei der repräsentativen Umfrage zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ der Uni Leipzig stimmten 2011 40,1 % der Befragten der Aussage zu „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“, im Jahr 2014 waren es 55,4 %. Auch der Aussage „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden“, die sogar eine Handlungsaufforderung beinhaltet, stieg zwischen 2011 und 2014 von 27,7 % auf 47,1 %. Ganze 44,2 % bejahten schon 2011 die offen antiziganistische Zuschreibung „Sinti und Roma neigen zur Kriminalität“; drei Jahre später waren es 55,9 %.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass die sogenannten „Armutsfüchtlinge“ vom Balkan in Politik und Bevölkerung eine besondere Ablehnung erfahren. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sind Roma. Vor einem Jahr be-

schlossen Bundestag und – wegen der Zustimmung des grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann – diese Staaten zu sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ zu erklären. Für Flüchtlinge aus diesen Ländern gilt damit die Regelvermutung, ihre Asylanträge seien „*offensichtlich unbegründet*“. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beziffert die dadurch mögliche Verfahrensbeschleunigung auf 10 Minuten. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat hat deshalb klar und deutlich um Ausdruck gebracht, dass es um etwas anderes geht, nämlich darum, ein „*öffentliches Signal zu setzen: Haut ab, lautet die Botschaft, wir wollen eure Armut nicht, geht zurück in eure Wellblechhütten.*“

Die Diskriminierung der Sinti und Roma hat nicht 1933 begonnen und war nicht 1945 zu Ende. Sie gehören zur am stärksten diskriminierten Minderheit Europas, und sie fliehen aufgrund ihrer existenzbedrohenden Ausgrenzung in ihren Herkunftsländern zu uns. PRO ASYL schreibt: „*Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Vertreibung, keine Registrierung als Staatsbürger, keine Gesundheitsversorgung, Ausgrenzung von Kindern aus dem Schulsystem – dies ist die von Diskriminierung geprägte Lebenswirklichkeit vieler Roma in Serbien und Mazedonien. Sie macht ein menschenwürdiges Leben kaum möglich. Viele Angehörige der Roma gehören bis heute zu den Leidtragenden der ethnischen Konflikte des zerfallenden Jugoslawiens der neunziger Jahre. Nationalismus und Rassismus haben sich in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens immer wieder in besonderem Maße gegen die Roma gewendet. Viele wurden vertrieben und leben bis heute abseits ihrer Heimatregionen im Elend.*“



Zur Lebensgeschichte

Johann Wilhelm Trollmann wurde am 27. Dezember 1907 in Wilsche/Kreis Gifhorn, Niedersachsen, geboren. Sein sportlicher Werdegang begann in den 1920er-Jahren in Hannover. Mit dem Eintritt in den Profiboxsport verlegte er seinen Wohnsitz nach Berlin. Noch während seiner Amateurboxerkarriere erkämpfte er sich 1928 den Titel des Norddeutschen Meisters; trotz dieser Leistung wurde ihm eine Teilnahme an der olympischen Auswahl im selben Jahr verwehrt. Inzwischen zum Profiboxsport gewechselt, trat Trollmann auf dem Höhepunkt seiner Karriere im Juni 1933 schließlich zum Kampf um den deutschen Meistertitel im Halbschwergewicht an. Zwar besiegte er seinen Gegner Adolf Witt in der Berliner Bockbierbrauerei, jedoch wurde ihm einige Tage später unter fadenscheinigen Begründungen der Titel aberkannt. Der deutsche Boxsport war längst dabei, sich der nationalsozialistischen Rassenideologie anzupassen. 1934 bekam Trollmann endgültig keine Angebote mehr, seine Profiboxerkarriere war damit beendet.

In den Folgejahren erlebten Johann Trollmann und seine Familie zunehmende Ausgrenzung und damit verbundene Mittellosigkeit. Mitte der 1930er-Jahre wurde er mit seinem Bruder in Hannover arbeitsverpflichtet. Seine Frau und das gemeinsame Kind lebten in Berlin. 1938 ließ er sich scheiden, vermutlich um beide zu schützen. Ende 1939 wurde er zum Kriegsdienst in die Wehrmacht eingezogen. Das letzte Datum, das auf seinen Einsatz an der Ostfront verweist, ist der Mai 1941. Kriminalbeamte der sogenannten >Zigeunerzentrale< in der Hardenbergstraße in Hannover verhafteten ihn 1942, misshandelten ihn schwer und überstellten ihn schließlich 1942 ins KZ Neuengamme. Vermutlich 1944 starb Johann Trollmann als KZ-Häftling in Wittenberge, einem Außenlager des KZ Neuengamme bei der Phrix—Werke AG.

Kathrin Herold und Yvonne Robel: Zwischen Boxing und Stolperstein – Johann Trollmann in der gegenwärtigen Erinnerung; in: Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 14, Bremen 2012, S. 144-155; hier S. 144.

Zu dem im Juni vorgestellte „Bericht über die Umsetzung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma 2015“ erklärte Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung: „*Roma werden weiterhin diskriminiert und gesellschaftlich ausgegrenzt. [...] Die Mitgliedstaaten müssen die Diskriminierung der Roma aktiver bekämpfen und sich darauf konzentrieren, Hassverbrechen und schädliche Stereotypen zu unterbinden.*“

Premiere im Schlosstheater: 25.09.; weitere Termine: 30.09., 03.10., 07.10., 08.10., 11.10., 13.10., 16.10., 17.10., 19.10., 20.10., 22.10., 24.10., 25.10., 28.10., 30.10., 01.11.

Matinee zum „Boxer“ am So., 20.09., 11.30 Uhr; öffentliche Probe am Di., 22.09., 18.00 Uhr – zu beidem: Eintritt frei.

Der Film „Gibsy - Die Geschichte des Boxers Johann Rukeli Trollmann“ läuft am 23.09. im Kino 8 ½.

Warum jetzt noch? Warum erst jetzt?

„Es geht nicht um Rache“, so die Auschwitz-Überlebende Eva Puzstai-Fahidi aus Budapest, „es geht um das Urteil. Wichtig ist, dass es die Gesellschaft zur Kenntnis nimmt.“

Nach der Verurteilung von Iwan Demjanjuk im Jahr 2011, er war Aufseher im Vernichtungslager Sobibor und an der Ermordung von bis zu 30.000 Menschen beteiligt, werden Naziverbrechen juristisch anders beurteilt. Die Justiz besteht seitdem nicht mehr darauf, eine direkte Beteiligung an den Mordtaten in Vernichtungslagern nachzuweisen. Seitdem können also solche NS-Helfer*innen belangt werden, die nicht aktiv an Verbrechen beteiligt waren - also jede*r, der/die in einem KZ gedient hat, beispielsweise auch medizinisches Personal. Oder eben wie zuletzt in Lüneburg der „Buchhalter von Auschwitz“, Oskar Gröning.

Vom 21.04. bis zum 15.07.2015 fand vor dem Lüneburger Landgericht der womöglich letzte Prozess gegen einen in Auschwitz tätigen ehemaligen SS Mann statt. Die Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover lautete „Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen“. Diese Zahl erklärt sich durch die juristische Eingrenzung der Anklage auf die sog. „Ungarn Aktion“, bei der im Sommer 1944 in nur 57 Tagen über 430.000 jüdische Menschen aus Ungarn deportiert, nach Auschwitz verschleppt und über 300.000 von ihnen direkt in den Gaskammern ermordet wurden. Der Angeklagte Oskar Gröning war von September 1942 bis Oktober 1944 als SS Mann in Auschwitz und dies auch während der gesamten „Ungarn Aktion“: Er sortierte, zählte und verbuchte das geraubte Geld der Ermordeten und tat ebenso mehrfach Dienst an der Rampe. Die vierte Strafkammer des Lüneburger Landgerichts sprach ihn für schuldig der Beihilfe zu Mord in 300.000 Fällen und verhängte ein Strafmaß von vier Jahren Freiheitsstrafe.

Im April dieses Jahres begann der Prozess gegen ihn. Eine Gruppe von Beobachter*innen hat den Prozess begleitet und wir haben ein paar Fragen an die Gruppe gestellt.

??: Über den Prozess selbst ist ja einiges geschrieben worden, auch auf der Internetseite <http://nebenklage-auschwitz.de/> lässt sich vieles finden. Daher von Euch ganz kurz: Gibt es aus Eurer Sicht etwas zum Prozessverlauf, das Euch besonders wichtig ist zu erwähnen?

!!: Wir würden dies unter zwei Aspekten beantworten, nämlich was anders war bei diesem Prozess und was für uns besonders war:

Was war anders an diesem Prozess? Dass er überhaupt stattgefunden hat! Das, was eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen und doch jahrzehntelang nicht erfolg-

te. Dieser Aspekt verweist auf das Thema, dass das gesamte Verfahren wie einen roten Faden durchzog und doch trotz der Versuche der Nebenklage in der Beweisaufnahme kaum zur Ansprache kam: das Versagen, die Verweigerungshaltung der deutschen Justiz, die NS-Verbrechen juristisch zu ahnden. Der vielfach in der Öffentlichkeit aufgeworfenen Frage: „Warum jetzt noch?“ kann nur mit dem Perspektivenwechsel „Warum erst jetzt?“ begegnet werden. Hierzu hat ein Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Nestler, in seinem Schlussplädoyer ausführlich Stellung bezogen. Ebenso hob der Vorsitzende Richter Kompisch in seiner Urteilsbegründung hervor: „Kann man nach 70 Jahren ein juristisches Urteil finden? Man kann und man muss es auch. Mord verjährt nicht“.

Als weiteren Gesichtspunkt, der diesen Prozess zu einem anderen macht, als es z. B. bei Demjanjuk 2011 in München der Fall war, ist das Verhalten des Angeklagten: Er stellte sich diesem Verfahren, spekulierte nicht auf Verhandlungsunfähigkeit, sondern sagte von Beginn über die Geschehnisse in Auschwitz aus. Über die Strukturen, die Abläufe, die Mechanismen, die bis ins kleinste Detail geplante und durchgeführte industrielle Massenvernichtung von Millionen Menschen. Dies in einer so kalten, emotionslosen Sprache, die auch die Denkweise, die zugrunde liegende Ideologie in den Gerichtssaal trug und die bis zu 150 Menschen im Raum erschauern ließ: der SS-Jargon hatte Einzug gehalten in den Gerichtssaal. Für diese Sprache entschuldigte sich der Angeklagte später bei den Überlebenden.

Was war besonders an diesem Prozess? Dem Verfahren haben sich auch über 70 Nebenkläger*innen angeschlossen: Überlebende von Auschwitz und ihre Angehörigen. Sie leben in Kanada, Ungarn, USA, Israel, England, Deutschland und weiteren Ländern. Sie waren zumeist Kinder und Jugendliche, als sie und ihre Familien von Ungarn nach Auschwitz verschleppt wurden, viele von



ihnen haben als einzige überlebt. 15 von ihnen sind nach Lüneburg gereist, um vor Gericht als Zeug*innen auszusagen. Schon zu Beginn der Verhandlung haben sie aufgezeigt, dass sie nicht nur für sich sprechen werden, sondern gekommen sind, um für ihre ermordeten Angehörigen Zeugnis abzulegen. Um ihnen damit wieder Namen, Gesicht, Stimme zu verleihen. Dies haben wir eindrucksvoll erleben dürfen: Jedes mal, wenn sie vor Gericht in den Zeugenstand getreten sind, hat sich im Laufe ihrer Aussage der Saal gefüllt. Um sie herum erschienen uns ihre Schwestern, die Brüder, Mütter, Väter, Großmütter, Onkel, Tanten, Cousins, Großväter, Cousins, 10, 30, 90 Personen. Der Gerichtssaal war voll mit diesen Menschen, sie alle waren für uns in diesem Moment anwesend. Das ist der große Verdienst, den die Nebenkläger*innen durch ihre Aussagen erreichen konnten: sie sind nicht alleine nach Lüneburg gekommen, sondern kamen in Begleitung ihrer ermordeten Familienmitglieder, die sie durch ihre Aussagen Teil dieses Prozesses werden ließen. Über sieben Jahrzehnte haben sie auf diesen Moment warten müssen. Zeugnis abzulegen über die Schrecken, den Terror, das Leid und den Verlust. Ihre Erinnerungen, die sie seitdem wie ein immerwährender Schatten begleiten. Vor einem deutschen Gericht angehört zu werden, dem Angeklagten gegenüber zu treten, der wie sie an der Rampe in Auschwitz Birkenau war, wo sie ihre Familien zum letzten mal sahen.

Diese 17 Verhandlungstage, diese fast dreimonatige Dauer des Prozessgeschehens hat uns alle, die ihn verfolgten nicht nur beeindruckt, sondern auch verändert. Der Grund dafür liegt nicht nur darin, dass es eine historisch bedeutsame Verhandlung war, sondern maßgeblich an den Menschen, ohne deren Beteiligung dieser Prozess ein anderer gewesen wäre: Den Überlebenden und ihren Angehörigen. Sie zu erleben, ihre Stimmen zu hören, war die wertvollste Erfahrung für uns.

?: *Haben die Opfer und Ihre Angehörigen eine späte Gerechtigkeit von der deutschen Justiz erfahren, wie sie es erwartet hatten?*

!!: Gerechtigkeit ist ein großes Wort und sicherlich schwierig zu bemessen in Anbetracht des Leides, das den Überlebenden widerfahren ist. Die Mehrheit der Nebenkläger*innen zeigt sich zufrieden mit dem Urteil. Sie begrüßen es ausdrücklich und vor allem die Feststellung des Vorsitzenden Richters Kompisch in seiner Urteilsbegründung „Auschwitz war eine insgesamt auf die Tötung von Menschen ausgerichtete Maschinerie“ hat große Bedeutung. Hierdurch wird manifestiert, dass jede Person, die in Auschwitz tätig war, sich der Beihilfe zum Mord strafbar machte. Die Nebenkläger*innen haben schon seit Prozessbeginn an betont, dass für sie nicht primär das Strafmaß, sondern das Urteil Relevanz hat. Das Urteil und die ausführliche Urteilsbegründung des Richters stellt für viele Nebenkläger*innen eine späte Genugtuung dar. Gleichwohl wird das Urteil von einigen wenigen Nebenkläger*innen als unzureichend empfunden: Fünf Anwälte von ihnen haben in ihrem Namen Revision gegen das Urteil eingelegt, sie haben bereits in ihren Plä-

doyers eine Verurteilung wegen Mittäterschaft des Mordes gefordert.

Wie es mit dieser Revision nun weitergeht, bleibt abzuwarten. Darüber wird der Bundesgerichtshof entscheiden. Sicherlich kann mensch das Urteil als zu milde ansehen. Was sind schon vier Jahre angesichts der Millionen Toten. Aber das Lüneburger Urteil hat eine rechtshistorische Bedeutung: Das Urteil manifestiert, dass jede Tätigkeit in Auschwitz eine Beihilfe zum Massenmord darstellt. Durch so ein Urteil hätten früher schon auch der Lokführer eines Transportzuges, der SS-Friseur oder eine einfache Schreibkraft der SS als Rädchen im Getriebe verurteilt werden können.

?: *Oskar Gröning stand – so war es zu lesen – zu seinen Taten und widersprach Nazis, die den Holocaust leugneten. Im April war die notorische Auschwitz-Leugnerin Ursula Haverbeck in Lüneburg und stand mit anderen Neonazis vor dem Gericht. Für sie ist Gröning unschuldig. Er stehe wegen etwas vor Gericht, was es gar nicht gegeben habe: Auschwitz wäre kein Vernichtungslager, behauptete sie, Auschwitz wäre ein Arbeitslager. Habt Ihr die Szene mitbekommen? Wollt Ihr dazu etwas sagen? Und: Joachim Nahtz aus Eschede soll auch dabei gewesen sein, stimmt das?*

!!: Kurze Zeit vor Prozessbeginn trafen sich Holocaustleugner und Neonazis in der „Gedächtnisstätte“ in Guthmannshausen in Thüringen, um sich über eine Aktion in Lüneburg zu verständigen. Die sog. „Gedächtnisstätte“ ist ein Treffpunkt von Geschichtsrevisionisten und Neonazis. Vereinsvorsitzender der „Gedächtnisstätte“ ist Wolfram Schiedewitz aus Ramelsloh-Seevetal. Organisiert wurde dieses Treffen von einer Gruppe von notorischen Holocaustleugnern um Ursula Haverbeck-Wetzel und Arnold Höfs. Haverbeck-Wetzel veröffentlichte dazu auch ein Video auf ihrer Homepage. Sie wollten den Prozess als Bühne nutzen.

Am ersten Tag tauchten sie dann auch tatsächlich auf. Neben Haverbeck-Wetzel und Höfs auch Thomas Wulff, der mit fünf anderen Nazis kam, darunter die beiden Funktionäre der Kleinstpartei „Die Rechte“, Markus Walter und Holger Niemann. Es kamen weiterhin zwei Neonazis aus dem regionalen völkischen Spektrum und ein ehemaliges Mitglied der Linken, der heute als rechter Verschwörungstheoretiker unterwegs ist und im Sommer die Sonnenwendfeier in Eschede besuchte. Etwas im Hintergrund hielt sich auch Joachim Nahtz, der es als Einziger aus dieser Gruppe schaffte, am Nachmittag in den Verhandlungssaal zu gelangen. Alle anderen kamen nicht hinein, da wegen unserer Platzhalter*innen-Aktion sämtliche Plätze besetzt waren und nachdem die Nazis dann noch Flugblätter verteilten und in einige Mikrofone der anwesenden Presse sprachen, leitete die Polizei Strafverfahren ein und erteilte allen einen Platzverweis für den Tag. Nahtz konnte nach der Mittagspause unbemerkt in die Ritterakademie gelangen. Allerdings musste er den Angeklagten hören und feststellen, dass dieser weder schwieg noch leugnete. Das haben sich die Holocaustleugner in völliger Unkenntnis über den Hinter-

grund des Prozesses und des Angeklagten sicherlich anderes vorgestellt. Nachdem Ursula Haverbeck-Wetzel den zweiten Prozesstag kurz besuchte und ebenfalls die Äußerungen von Gröning vernahm, war es vorbei mit der „nationalen Solidarität“.

??: Was waren die Ziele Eurer Soliarbeit? Wie habt Ihr das konkret organisiert und welche Erfahrungen habt Ihr gemacht?

!!: Als wir vom Prozess erfuhren, war uns zunächst gar nicht klar, was da auf uns zukommt und wir wollten erst nur am ersten Prozesstag eine kleine Aktion als Art Zeichen der Solidarität und Begrüßung für die Zeug*innen durchführen. Nachdem sich die Nazis angekündigt hatten, änderten sich sofort unsere Pläne und wir initiierten die Platzhalter*innen-Aktion. Ziel war es den Angehörigen von Nebenkläger*innen, von Auschwitz-Überlebenden den Einlass zum Prozess zu sichern. Solidarische Menschen stellten sich in die Warteschlange an und übergaben kurz vor Einlassbeginn ihren Platz an die Angehörigen. Am Prozess waren über 70 Nebenkläger*innen beteiligt. Einige von ihnen haben als Zeug*innen vor Gericht ausgesagt. Sie und ihre Angehörigen sind u.a. aus Kanada, den USA, England, Ungarn und weiteren Ländern angereist. Durch die Platzhalter*innen-Aktion sollte zum einen erreicht werden, dass die Angehörigen, die bereits eine so lange Reise bis nach Lüneburg auf sich genommen haben, nicht noch Stunden in der Warteschlange vor dem Gericht anstehen müssen, zum anderen sollte vermieden werden, dass sie vor Ort mit Nazis und Holocaustleugner*innen konfrontiert werden. Was zunächst nur für die ersten Tage angedacht war, lief dann während der gesamten Zeit weiter.

Von der Resonanz auf unsere Aktion waren wir sehr erfreut. Sehr viele Menschen beteiligten sich aktiv und stellten sich immer wieder dafür zur Verfügung, was auch mal bedeutete, um 6 Uhr morgens vor Ort zu sein. Für viele war gerade die praktische Solidarität wichtig, um auch eine politische Aussage zu treffen. Es sollte den

Überlebenden und ihren Angehörigen deutlich gemacht werden, dass sie in Lüneburg willkommen sind und dass es hier viele Menschen gibt, die begrüßen, dass dieser Prozess stattfindet und sie als Nebenkläger*innen unterstützen möchten.

??: Wir haben gehört, dass Ihr Eure Beobachtungen und Erfahrungen veröffentlichen wollt. Könnt Ihr dazu schon etwas sagen?

!!: Nach den ersten beiden Prozesstagen haben wir uns entschieden, eine eigenständige, unabhängige Prozessdokumentation zu erstellen, da wir in den Medien das Prozessgeschehen nicht in dem Maße abgebildet sahen, wie wir es wahrnahmen. Da es uns aufgrund der Sicherheitsbestimmungen des Landgerichts nicht möglich war, Schreibmaterial mit in den Gerichtssaal zu nehmen, haben wir uns im Anschluss nach jedem Verhandlungstag zusammengesetzt, um das Geschehen zu erinnern, zu rekonstruieren und zusammenzutragen. Dabei sind die Dokumentationen entstanden, die wir nach jeder Prozesswoche per Verteiler an Interessierte geschickt haben.

Jetzt wollen wir sie auf unserer Internetseite veröffentlichen. Wobei wir keinerlei Änderungen vornehmen werden, da es für uns ein authentisches Abbild unserer Wahrnehmungen des jeweiligen Prozessgeschehens nachzeichnet. Die vorab in den Mails erfolgten organisatorischen Hinweise sind entsprechend veraltet, eine ungefilterte Wiedergabe der Prozessmails ist uns jedoch wichtig, um aufzuzeigen, wie facettenreich die Zeit des Prozesses war. Für uns, wie auch viele weitere Menschen, die diesen Prozess besucht und begleitet haben, sind die Erlebnisse und Erfahrungen dieser drei Monate wesentlich nachhaltiger, als wenn wir uns rein über die mediale Berichterstattung informiert hätten. Auch überlegen wir, die Dokumentation in anderer Form, vielleicht als Broschüre, zu veröffentlichen.

Mehr Infos auch unter Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen - www.antifa-lg-ue.org



Im Wald und auf der Heide # 09

Aus der Reihe „Orte, die zum Verweilen einladen“. Heute:

1. Unterm Vollmond - 27 Jahre Feuerzauber und das Celler Loch



2. Die Galerie „Hortensie“. Nach der Vernissage - es läuft die Ausstellung „Extra leere Bilder“- gibt's Schweinenacken und Doppelwacholder bei „Chez Horst“ am Stehtisch. Der Schlachter ist anwesend.



3. Eingang ins Draußen (nur für Zen-Buddhisten)



Wer holt den Cup?

Glänzend poliert lockt dieser einzigartige Cup, von euch erobert zu werden. Am Sonntag, den 6.9., startet um Punkt 14.00 Uhr das „I. revista Mini-Golf-Turnier“ - gespielt wird auf der Anlage des 1. BGC Celle zwischen Hallenbad und Dicle-Platz, auf dessen website (<http://www.bgc-celle.de/>) ihr euch z.B. einen Pistenplan herunterladen könnt.

Das Startgeld beträgt 10 Euro, davon bezahlt der Veranstalter (also wir) das Eintrittsgeld – einen möglichen Überschuss steckt der Veranstalter (also wir) in die eigene Tasche (selbstverständlich zur Finanzierung der Druckkosten).

Neben dem Pokal werden für die Plätze 2. - 5. weitere Sachpreise ausgelobt.

Wer stellt sich dieser sportlichen Herausforderung? Wer holt den Cup? Wer verschafft sich Eingang in die Bestenlisten der Ewigkeit?

Zwei Sonderwertungen garantieren zusätzliche Attraktivität: Bei der AA-Wertung (= anti-ageism) wird das Lebensalter des/der jeweiligen Spielers/Spielerin von der erzielten Punktzahl abgezogen.

Bei der Teamwertung müssen sich zwei Spieler*innen unter einem Teamnamen anmelden, gewertet wird die Addition des Einzeldurchgangs. (Auch wenn sich die halbe Redaktion auf Reisen befindet, wird „revista“ ein Team aufbieten können.)

Im übrigen möge bis zum Cup das sportpolitische Credo von Dawn gelten: „*Wer trainiert, ist feige.*“



Sie waren Pioniere des deutschen Fußballs. Jüdische Fußballer, Trainer, Journalisten und Funktionäre haben den Fußball in Deutschland populär gemacht. Sie wurden umjubelt, verehrt und respektiert, galten als Vorbilder im Sinne des sportlichen Gedankens des Fairplay. Ihre revolutionären Visionen und Methoden setzten Maßstäbe, die damals von engstirniger und nationalistischer Seite angeprangert wurden.

1933 waren ihre erfolgreichen Karrieren schlagartig beendet. Bis zum 10. November 1938 durften Juden nur noch in jüdischen Vereinen spielen. Danach wurden alle Sportaktivitäten für sie verboten, und sie teilten das Schicksal aller europäischen Juden. Nach dem 2. Weltkrieg sollten Juden nie wieder eine vergleichbare Rolle im deutschen Fußball spielen. Ihre Verdienste wurden verdrängt und gerieten in Vergessenheit. Das Centrum Judaicum will mit seiner Ausstellung „Kicker, Kämpfer und Legenden“ dieses Kapitel deutscher Fußballgeschichte wieder in Erinnerung rufen.

Eine Ausstellung der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Leihgeber: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Celler Synagoge, Im Kreise 24, 15. Oktober 2015 bis 10. Januar 2016 - Di.-Do. 12.00 - 17.00 Uhr, Fr., 10.00 - 15.00 Uhr, So., 12.00 - 17.00 Uhr

Ausstellungseröffnung am Mittwoch, 14. Oktober, 19.00 Uhr mit Prof. Lorenz Pfeiffer und Dr. Henry Wahlig vom Institut für Sportwissenschaft der Leibniz Universität Hannover, Eintritt frei

Tagesworkshop zu Rojava:

multiethnisch, säkular, demokratisch – eine Alternative im Nahen Osten?

Am Samstag, den 24. Oktober, findet im Bunten Haus ein Tagesworkshop zum Thema „Rojava“ statt. Ausgehend von Konflikt in Syrien soll der Frage nachgegangen werden, ob und warum das multiethnische, säkulare und demokratische Experiment in Rojava einen Vorbildcharakter für die Region haben kann. Dazu sollen zum einen Ideologie und „Attraktivität“ der Terrororganisation IS behandelt werden, zum andern das Selbstverwaltungsprojekt in Rojava vorgestellt und diskutiert werden. Dabei werden Fragen von Religionsfreiheit, Säkularismus, Demokratie, Frauenrechte, multiethnischer Verfasstheit u.ä. thematisiert und diskutiert. Der Tagesworkshop wendet sich an Multiplikator*innen und politisch interessierte Jugendliche. Herausgearbeitet werden soll die Bedeutung von Menschenrechten zur Konfliktbewältigung.

Die Konflikte im Nahen Osten beschäftigen vor dem Hintergrund des Terrors des Islamischen Staates u.a. gegen kurdische Ezidinnen und Eziden viele Menschen in Celle. Die Frage, ob und wie in zerfallenden Staaten wie Irak und Syrien Menschenrechte und demokratische Strukturen entstehen könnten, lässt sich am Beispiel Rojava konkret diskutieren. Die Bedeutung von Menschenrechten kann hierbei deutlich werden.

Zu dem vom Programm „Demokratie leben!“ geförderten Workshop werden verschiedene Referent*innen eingeladen, es wird einen Film geben und auch ein World-Café ist angedacht – der Workshop beginnt um 9.30 Uhr; mehr Infos auf www.bunteshaus.de.



Nach wie vor wird für das Feuerwehrprojekt gesammelt - Spendenkonto: CAR DEST Hilfsorganisation, IBAN: DE84 1005 0000 0190 3903 36, BIC: BELADEBEXXX, Verwendungszweck: „Feuerwehr für Rojava“

„Stadionrocker“ im Herzog Ernst

Carl Verheyen war da, Rick Vito kommt noch

Ist es nicht faszinierend, dass man/frau sich in unserer kleinen Stadt aufs Rad setzt und in wenigen Minuten in einer Kneipe Gitarristen sehen kann, die in großen Stadien schon vor mehr Menschen aufgetreten sind als unsere Stadt Einwohner hat? „Neulich war mal Carl Verheyen da.“ „Ach, ich habe gehört demnächst kommt Rick Vito.“ Das Wunderbare dieser beiden Sätze liegt darin, dass sie nicht in München, Frankfurt oder Düsseldorf gesagt werden können, sondern in Celle ...

Carl Verheyen gehört seit Ende der 1990er Jahre zu Supertramp. Er war dabei auf dem 1997 in der Royal Albert Hall aufgenommenen Live-Album „It was the Best of Times“. Und im November wird er dabei sein, wenn Supertramp in den Arenen in München, Frankfurt und Hamburg spielt. Vor diesem Hintergrund war der Auftritt Anfang Juli im *Herzog Ernst* auch für den Gitarristen etwas besonderes. Es soll wohl der kleinste Club gewesen sein, in dem er je gespielt hat. Was er bot, war Gitarrenkunst vom Feinsten, begleitet von einer präzise arbeitenden Rhythmusgruppe bestehend aus Drummer John Mader und Bassist Dave Marotta.

Ich kenne mich nicht aus mit Supertramp – aber: Wenn es mir richtig geflüstert wurde, gab's aus deren Setliste auch nur „Bloody Well Right“. Verheyen spielt Material von seinen Solo-Alben und einige Cover-Nummern. Der absolute Höhepunkt dabei war „Eastern Steppes“, eine brillante Jazz-Rock-Komposition, in der Verheyen sein technisches Können vorführen konnte. Schön auch die kleine Geschichte, die er zur Entstehung des Songs erzählte: Es wäre der einzige, bei dem er schon während der Komposition Geld verdient habe. Er habe den Song nämlich während der Wartezeiten bei einer Aufnahmesession zur StarTreck-Filmmusik geschrieben.

Egal ob die Nummern in Richtung Blues, Rock, Jazz oder Country gehen – jedem Stil drückte Verheyen mit seiner beeindruckenden Technik und ungewöhnlichen Tonleitern seinen individuellen Stempel auf.

Verheyen ist jetzt auf der anderen Seite kein großer,



aber ein gefühlvoller Sänger – im kleinen Club funktioniert das hervorragend, z.B. bei „Higher Ground“ oder „Mumba“. An Covern brachte er das bitterböse „You got to take sick and die some of these Days“ (Muddy Waters), „The Wind Cries Mary“ (Jimi Hendrix) und „Taxman“ (Beatles) zu Gehör.

Erwähnt werden muss unbedingt der Drummer John Mader, der äußerst variable Sounds erzeugte durch den Einsatz z.B. von Klöppelsticks oder seinen bloßen Händen oder dadurch, dass er die Snare mit einem Schellenkranz bearbeitete.

Wer sich jetzt anregert fühlt, mal eine CD von Verheyen zu hören, sollte mit „Trading 8's“ aus 2009 beginnen; einer der Gastmusiker dieser CD ist Rick Vito – und der kommt mit seiner Band am 15.09.2015.

Als Slide-Gitarrist ist Vito ein ebenso gefragter Studio-Musiker wie Verheyen. Und auch er war schon mal mit einer Supergroup unterwegs – nämlich zwischen 1987 und 1991 mit Fleetwood Mac. Nicht mit der Band, aber mit der Blues-Combo des Drummers Mick Fleetwood arbeitet er noch heute zusammen. (Ihr Album „Blue Again“ lässt sich komplett im Internet hören unter <http://www.mickfleetwoodblues.com/>)

Auf die Europa-Tour im Spätsommer kommt Rick Vito wahrscheinlich mit Charlie Harrison (Bass) und Rick Reed (Drums). Wer sich die Band vorab mal im Internet anschauen will, findet bei youtube eine Aufnahme von „Easy Baby“, „Albatross“ oder „Looking for Somebody“ vom letztjährigen Kopenhagener Bluesfestival. Und auf www.guitarmania.eu könnt ihr euch ein Interview zu seinem aktuellen Album „Mojo on my Side“ anhören.



Fotos: Gerd Büscher

„Demokratie Leben“

Kino 8 ½ mit Sonderprogramm

Kino achteinhalb zeigt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ein zusätzliches Filmangebot, das sich auf unterschiedlichen Ebenen mit Angriffen auf Menschenwürde und „Demokratie“ auseinandersetzt. Hier ein Überblick über die vier Filme, die bis zum Redaktionsschluss terminiert waren. Der Eintritt ist jeweils frei.

Mi, 09. September 2015, 20:00 Uhr

Die Yes Men - Jetzt wird's persönlich

Die berühmten Aktivisten The Yes Men (Mike Bonanno und Andy Bichlbaum) inszenieren seit 20 Jahren unterhaltsame und provokative Aktionen, um die internationale Aufmerksamkeit auf Verbrechen zu lenken. Der Film ist eher eine Charakterstudie als eine unterhaltsame Dokumentation ihrer letzten Interventionen. Der Film zeigt, wer die Menschen hinter den Shows sind und vermittelt die hoffnungsvolle Botschaft, dass Veränderungen möglich sind, wenn man für sie kämpft. - USA 2014, Kinostart: 20. August 2015, 90 Minuten.

Mi, 23. September 2015, 20:00 Uhr

Der Boxer - Die Geschichte des Boxers Johann Rukeli Trollmann (Gibsy)

Die Lebensgeschichte und Karriere des Boxers Johann "Rukeli" Trollmann (1907-1944), der 1933 die deutsche Meisterschaft im Halbschwergewicht gewann, den Titel aber in Folge seiner Sinti-Abstammung wieder aberkannt bekam. Im Krieg kämpfte er an der Ostfront, wo er verwundet wurde; später landete er im KZ und wurde 1944 von einem Kapo erschlagen. Eine bewegende Geschichte, erzählt in Form eines Doku-Dramas, das bei allen inszenatorischen Schwächen eindrucksvoll an einen großen Sportler erinnert, der das Boxen stilistisch entscheidend geprägt hat. - Doku-Drama/Biopic Deutschland 2012, Kinostart: 17. Januar 2013, 90 Minuten.

Mi, 14. Oktober 2015, 20:00 Uhr

Aus dem Abseits

Vatersuche – Vaterkonstruktion? Filmemacher Simon Brückner war erst vier Jahre alt, als sein Vater Peter Brückner starb. Im Jugendalter erfuhr er von der öffentlichen Person, die sein Vater war. Als linksintellektueller politischer Psychologe und Hochschullehrer war er einer der zentralen Denker und Unterstützer der Studentenbewegung in Deutschland. Als vermeintlicher RAF-Sympathisant wurde er als Dozent suspendiert, Michel Foucault ergriff für ihn Partei. Doch wo sind die persönlichen, die privaten Seiten zu finden? Brückner spricht mit alten Weggefährten, Freunden und Verwandten – er findet und erfindet Teile einer



vielschichtigen Vaterfigur. Ein intimes Vater-Sohn-Porträt, das einen Teil deutscher Geschichte aus neuer Perspektive erzählt. - Deutschland 2015, 112 Minuten.

Mi, 28. Oktober 2015 20:00 Uhr

Angriff auf die Demokratie - Eine Intervention

Romuald Karmakars Montagefilm über eine gleichnamige Veranstaltung im Berliner Haus der Kulturen der Welt. Er versammelt zehn Reden à zehn Minuten von Wissenschaftlern (Harald Welzer, Joseph Vogel), Journalist*innen (Franziska Augstein, Nils Minkmar) und Schriftstellern (Ingo Schulz, Roger Willemsen) zur „Lage der Nation“ angesichts der Finanz- und Schuldenkrise. Dazwischen steht Karmakars Kurzfilm „Ralph N. Elliott entdeckte, dass die Bewegung der Märkte allein durch das psychische Verhalten der Marktteilnehmer wiedergegeben wird“. Dass sich kaum inszenatorische Verdichtungen einstellen und der interventionistische Gestus der Anklage nicht über beschreibende Analysen von abstrakten Zusammenhängen hinauskommt, ist durchaus beabsichtigt. So ergibt sich das ungefilterte Vergnügen, intelligenten Menschen beim aktiven Denken zuhören zu dürfen. - Dokumentarfilm Deutschland 2012, Erstaufführung: 18.1.2013, 102 Minuten.





Kino 8 ½ im September

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



04. und 05. / und Di., 08. September

Victoria

Eine junge Spanierin lernt in einem Berliner Club vier proletarische Kleingangster kennen, die in dieser Nacht eine Schuld begleichen wollen. Als einer von ihnen ausfällt, springt sie für ihn ein. Ein radikales auratisches Drama auf Augenhöhe mit Jean-Luc Godards „Außer Atem“, in dem sich die innerlich zerrissene Protagonistin neu entdeckt. Dabei lebt der in einer einzigen Einstellung gedrehte Film von seiner enormen Konzentration sowie von der Intensität der Darsteller. Der Taumel des Geschehens, in dem jederzeit alles möglich ist, überträgt sich auf den Zuschauer, der mit den Protagonisten planlos und doch zugleich hellwach durch die Nacht driftet.

Deutschland 2015, Filmstart: 11. Juni, 139 Minuten

11. und 12. September

Gefühlt Mitte Zwanzig

Ein Dokumentarfilmer aus Brooklyn und seine Frau freunden sich mit einem 20 Jahre jüngeren Pärchen an, lassen sich von der Spontaneität und Lebensfreude der Mittzwanziger anstecken und beginnen, verpassten Chancen nachzutrauern. Die melancholische Komödie stellt das Bemühen um ein modernes, hippestes Dasein einem gepflegten Retro-Chic gegenüber, erscheint als Generationenporträt aber bisweilen allzu exemplarisch konstruiert. Dagegen überzeugt der Film als bemerkenswert leicht inszenierte Geschichte über das Filmmachen und künstlerische Prozesse.

USA 2014, Kinostart: 30. Juli, 97 Minuten

18. und 19. September

Dora oder die sexuellen Neurosen unserer Eltern

Eine geistig beeinträchtigte junge Frau muss mit ihrem 18. Geburtstag keine regulierenden Medikamente mehr einnehmen und erwacht aus einer Art Dämmerzustand, was nicht nur die Emanzipation aus ihrem behütenden Elternhaus

nach sich zieht, sondern zuvorderst wilden Sex, Schwangerschaft und Abtreibung bedeutet. Der nach einem Theaterstück inszenierte Film feiert wohlthuend unverkrampft die heitere Lebenslust seiner Protagonistin, die exemplarisch für das Recht auf Sexualität und Selbstbestimmung auch geistig behinderter Menschen steht. Der ungeheuerlich-heftige, aber auch ungeheuer mutige Film schlägt bisweilen unverhofft humorvolle Töne an und konfrontiert mit den fließenden Grenzen der Wahrnehmung sowie mit dem Fließen moralischer Grenzen.

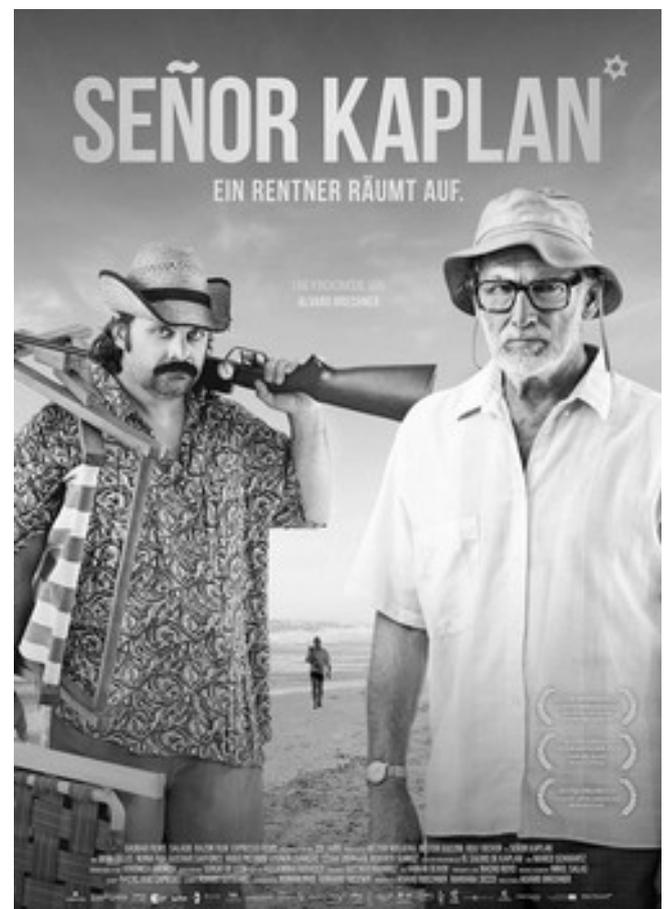
Schweiz 2015, Kinostart: 21. Mai, 90 Minuten

25. und 26. September

Señor Kaplan

Ein alter Mann, der einst den Holocaust überlebte und seitdem in Uruguay lebt, möchte in seinem Leben noch etwas tun, was Spuren für die Nachwelt hinterlässt. Als er meint, einen untergetauchten Ex-Nazi aufgespürt zu haben, wittert er seine Chance, noch etwas Heroisches zu tun. Ein korrupter Ex-Polizist soll ihm dabei helfen. Eine wunderbar skurrile Tragikomödie, deren Hauptfiguren auf den Spuren von Don Quijote und Sancho Pansa wandeln. Ebenso warmherzig wie melancholisch philosophiert der Film über den „Windmühlen-Kampf“ um Lebensinn.

Uruguay/Spanien/Deutschland 2013, Kinostart: 16. Juli, 98 Minuten



Politische Termine in und um Celle

noch bis So., 27. September

Selma Meerbaum-Eisinger 1924 - 1942

Die Ausstellung führt durch das Leben und Werk der Dichterin, zeigt auch deren Lebensraum Czernowitz, berichtet vom Holocaust in Transnistrien und vom Leben und Sterben im Zwangsarbeiterlager Michailowka

Synagoge, Im Kreise 24

Sa., 05. September, 12.00

Protestyval

Openair-Festival des Aktionsbündnisses gegen Trassenbau und aller BI's und Gegner*innen des Trassenbaus

Feuerschützenbostel, Eintritt frei

So., 06. September, 14.00

REVISTA CUP

Minigolf-Turnier (mehr auf S. 26)

BGC-Anlage an der 77er-Straße

Fr., 11. September, 18.00

20 Jahre Tauschring Celle Kleines Jubiläumsfest

Familienbildungsstätte, Fritzenwiese

Sa., 12. September, 13 (??) bis 18.00

Bundesweiter Aktionstag Hilfskorridor für Kobanê und Shengal

Informationen und Aktionen
Veranst.: Kurdistan Solidarität Celle
Heeseplatz, Celle

So., 13. September, 15.30

Wo ist der Soldat vorm Schloss? Nachdenken über Celler Denkmäler – ein Vortrag von Oskar Ansell

Oskar Ansell hat sich schon in den

80er Jahren zu Fragen der Celler Denkmalkultur zu Wort gemeldet. Nach einem Vierteljahrhundert unternimmt er einen weiteren Versuch über einige Denkmale in Celle öffentlich nachzudenken und lädt am >Tag des offenen Denkmals< ein, an seinen Überlegungen teilzunehmen und dies und das mit zu bedenken.

Bomann Museum

Fr., 18. September, 18.00

Vortrag zur Situation in Rojava Referentin: Anja Flach

Ort: Buntes Haus, Eintritt frei

Sa., 26. September, 13.00 bis 17.00

Nach den Rechten schauen

Demonstration in Eschede
Auftakt an der Kreuzung Am Glockenkolk 7 Bahnhofstraße, Demo und Kundgebung an der Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg (siehe Seite 19)

Di., 06. Oktober, 18.00

Informationsveranstaltung zum Thema Y-Trasse

über den Fortgang des seit Februar 2015 stattfindenden Dialog Schiene Nord mit Experten.

Kreistagssaal, Trift 26

Mi., 07. Oktober, 18.30

Wo ist die Notbremse? Autogesellschaften und Mobilitätswahn Vortrag von Winfried Wolf

Bis zum Jahr 2025 wird sich die Zahl der PKW verdoppeln. Mit Blick auf die Ölressourcen und die damit verbundenen Emissionen droht allein durch den Welt-Verkehrs-Sektor ein planetarer Kollaps. Die Alternativen sind seit Langem bekannt. Es geht um „vernetzte Mobilität“, bei der es um die Vermeidung und Verlagerung von Verkeh-

ren geht und in der den öffentlichen Verkehrsmitteln die Schlüsselrolle zukommt. - Winfried Wolf ist im wissenschaftlichen Beirat von attac.

Veranst.: Rosa Luxemburg Club
VHS Celle, Trift 20, Eintritt frei

Sa., 10. Oktober, 06.00 - ??

TTIP & CETA stoppen! Demonstration in Berlin

DGB-Bus ab Schützenplatz, kostenlos

Mi., 14. Oktober, 19.00

Kicker, Kämpfer und Legenden

Eröffnung mit Prof. Lorenz Pfeiffer und Dr. Henry Wahlig, Uni Hannover, Institut für Sportwissenschaft (Siehe S. 27)
Ausstellung läuft bis 10.01.2016
Synagoge, Im Kreise 24

Do., 15. Oktober, 18.00

Fluchtgeschichten damals und heute - Ein Zeitzeugengespräch im Bomann Museum mit

Ursula Thümmler, Vorsitzende des Kuratoriums frauenORTE Niedersachsen Landesfrauen Niedersachsen e. V.

Bomann Museum, Eintritt: 5,00 €

Sa., 24. Oktober, 09.30 - 18.00

Rojava: multiethnisch, säkular, demokratisch – eine Alternative im Nahen Osten?

Tagesworkshop (mehr auf www.bunteshaus.de), siehe S. 27
Buntes Haus, Hannoversche Str 30 F

Do., 29. Oktober, 20.00

Was müsste Luther heute sagen? Heiner Geissler liest aus seinem Buch Eintritt: 9,- € AK / 7,50 € erm. Buchhandlung Decius, Markt 4

Kunst & Kultur

Sa., 29. August, 19.00

Bockpalast

mit C for Caroline, Stellar Stereo, Mandrakes Monster, Dynamite Roadkill - und auf der kleinen aber feinen Bühne: Just 4 Campfire Bockelskamp, Eintritt frei

Do., 03. September, 20.00

Konzert ohne Dichter

Klaus Modick liest aus seinem Buch
Eintritt: 9,- € AK / 7,50 € erm.
Buchhandlung Decius, Markt 4-6

Sa., 05. September, 19.00

Birthday Bash

mit 6 Metal-Bands wird das 10-Jährige von Celle Rock City gefeiert u.a.: Gorilla Mansoon, Damnation Defaced, Death Star
Eintritt: 8,- € bis 10,- € AK
CD-Kaserne, Hannoversche Str.

Sa., 12. September, 17.30

Lobetel Open Air

Manfed Mann's Earth Band, Brixtonboogie, SputniX
Eintritt: 17,- € AK / 15,00 € VVK
Festwiese der Lobetalarbeit, Fuhrberger Str- 219

Sa., 12. September, 20.00

Jam-Session

CRI-Räume, Gelände der CDK, Hannoversche Str. 30

Di., 15. September, 20.00

Rick Vito (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Do., 17. September, 20.00

Der Jungfrauenmacher

Derek Meister liest aus seinem Buch
Eintritt: 9,- € AK / 7,50 € erm.
Buchhandlung Decius, Markt 4-6

Fr., 18. September, 18.00
und Sa., 19. September, 11.00

Celler Stadtfest

Celler Innenstadt, Eintritt frei

So., 20. September, 11.30

Der Boxer - Matinee

Schlosstheater, Eintritt frei

Di., 22. September, 18.00

Der Boxer

Öffentliche Probe
Schlosstheater, Eintritt frei

Do., 24. September, 20.00

Tingvall Trio

3x Jazz Award und 2x Jazz Echo
Martin Tingwald (p), Jürgen Spiegel (dr), Omar Rodriguez Calco (b)
Eintritt: 25,00 € AK
Beckmansaal, Magnusstraße 4

Fr., 25. September, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Fr., 25. September, 20.00

Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Mo., 28. September, 20.00

Wolf Mail (USA)

Eintritt frei
Herzog-Ernst, Neue Straße 15

Fr., 02. Oktober, 20.00

Das ganze Leben ein Abenteuer

Jasmin Tabatabai und das David Klein Orchester
Eintritt: 23,- € AK / 21,90 VVK (erm. 16,90 €)
CD-Kaserne, Hannoversche Str.

Sa., 03. Oktober, 11.00

Jazz zum Dritten

Eintritt frei
Celler Schloss

Do., 08. Oktober, 20.00

Melanie Dekker (USA)

Eintritt frei
Herzog-Ernst, Neue Straße 15

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

Jeden Mi. 19.00 Uhr
Weltladen, Zöllnerstr. 29

Weltladen Öffnungszeiten

Mo.-Fr. 10 - 17, Do. 10 - 18.30
Sa. 10 - 14 Uhr

Buntes Haus Plenum

Jeden Donnerstag, 19.00 Uhr
Hannoversche Str. 30f

Forum gegen Atomenergie

forum-gegenatomenergie@gmx.de

Land in Sicht / Transition Celle (LIST)

jeden 1. Di. im Monat
19.30 Uhr, Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30f

Montagskneipe

Jeden Montag, 19.00 Uhr
Buntes Haus
Hannoversche Str. 30f

Umsonst-Laden

Jeden Di. und Do.,
17.00 - 19.00 Uhr
Buntes Haus
Hannoversche Str. 30f

Sa., 10. Oktober, 20.00

Jam-Session

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Do., 15. Oktober, 20.00

Tony Spinner

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Di., 20. Oktober, 20.00

Neal Black (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr., 06. November, 18.00

Asylant im Wunderland

Eintritt frei
Halle 19 des Schlosstheaters,
Hannoversche Str. 30